

Übbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der "Übbeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 7.40 Mk., monatlich 60 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die schriftgefasste Petizie oder deren Raum 25 Pf., Verhandlungen, Arbeits- und Wohnungsergegen 15 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 158.

Montag, den 9. Juli 1917.

24. Jahrg.

Deutschland vor einer innerpolitischen Krise.

An der Schwelle des vierten Kriegsjahres hat sich aller Völker einer aus höchster Geisteigerte Sternsinnigkeit bemächtigt. Überfall des furchtbaren Mordens, das keine Entscheidung brachte, zerstört durch Heberarbeit und Entbehrungen schenken sie leidenschaftlich den Frieden herbei, suchen sie verzweifelt den Weg ins Freie und taumeln, unsfähig, ihn zu finden, von Krise zu Krise.

Die Kriegswirkungen sind in allen Ländern gleich. In allen Ländern trägt fast jedes Haus Trauer um einen teuren Toten. In allen Ländern wird gedacht, gehungert. In allen Ländern möchte man endlich wissen, wann und wie die Regierungen den eritretenen und verheizten Frieden erreichen können. In Italien hat man eben zehn Geheimstümpfen abgehalten und steht nach kurzer öffentlicher Debatte über die Kriegspolitik an der Schwelle neuer Geheimstümpfen. In Frankreich hat man wochenlange Geheimstümpfen hinter sich und will gerade die öffentliche Erörterung der französischen Kriegspolitik beginnen. Kein Ministerium steht fest; auch gegen Lloyd George mehren sich die kritischen Stimmen.

Was geht nun in Berlin vor? Die Sitzungen des Hauptausschusses sind so streng vertraulich, daß man aus dem "Berliner Tageblatt" und einigen anderen nicht minder indiscreten Berliner Blättern die Verhandlungen ungefähr so genau verfolgen kann, als ob man dabei gewesen wäre. Am Freitag hat der Zentrumsabgeordnete Mathias Erzberger eine kräftige Rede frei nach Scheidemannschen Konzepten gehalten. Er hat auf die Ernährungs- und Rohstoffschwierigkeiten in Deutschland hingewiesen, hat unter Anerkennung der Wirksamkeit des U-Boot-Krieges doch stark bezweifelt, daß dieser in ein paar Monaten England auf die Knie zwingen werde — auch England werde sich schon Entbehrungen auferlegen wie Deutschland — und hat unter Hinweis auf die Stimmung des Volkes gefordert, daß ein erneutes ganz klares Friedensangebot unter Verzicht auf alle Eroberungen und Entschädigungen, auf jeden Wirtschaftskrieg nach dem Kriege und jede wirtschaftliche Vorherrschaft, unter Anerkennung des Grundsakes der überstaatlichen Organisation der Welt und der Zwangsschiedsgerichtsbarkeit von Deutschland ausgehe. Um ihm Nachdruck zu verleihen, müsse eine sofortige gründliche Demokratisierung des Reiches das Misstrauen der Welt gegen uns zerstreuen. Parlamentarische Regierungsweise und gleiches Wahlrecht in allen Bundesstaaten würden zugleich die Widerstandskraft des deutschen Volkes gegen alle Eroberungs- und Zerschmetterungspläne der Feinde ins Unbesiegliche und Unzweifelhafte steigern.

Diese Rede enthielt ganz gewiß keinen neuen Gedanken — die Sozialdemokratie hat unaufhörlich dasselbe seit August 1914 gesagt; oder mindestens seit die Hoffnung auf einen ganz kurzen Krieg und ganz nahen Frieden schwand. Aber, daß so ein Zentrumsführer sich jetzt mit aller Schärfe zu diesen Gedanken bekennet, während bisher doch das Zentrum aus dem Boden der Spähnschen Erklärungen stand, daß wir beim Friedensschluß "Belgien" politisch, wirtschaftlich und militärisch in der Hand behalten" müßten, das war allerdings eine Sensation. In großer Bewegung wurde die Ausschusssitzung aufgehoben und am Sonnabend in Gegenwart des Kanzlers fortgesetzt.

Die Rede des Reichskanzlers entsprach dem, was er bisher schon früher öffentlich gesagt hat. Das neue Friedensangebot lehnt er ab; er ist überzeugt, daß es gegenwärtig gänzlich ausichtslos ist. Seine Stellung zum Frieden selbst bleibt dabei offen; er sagt durchaus nicht, daß er den reinen Vergleichsfrieden ablehnen würde, wenn er ihn bekommen könnte. Er erhebt keinen Widerspruch dagegen, daß der Reichstag einen Beschluskantrag annimmt, der ungefähr der Resolution des sozialdemokratischen Parteausschusses vom März ds. Js. entspricht. Er macht dem Reichstag überhaupt keine Vorschläge, nur die Aufgabe der Regierung hält er durch das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 einstweilen erfüllt. Über die innerdeutschen Verfassungsfragen scheint der Kanzler im Ausschus nicht gesprochen zu haben; diese wurden wohl mehr bei den Verhandlungen erörtert, welche im Reichskanzlerhause selbst Herr Dr. Bauer, Führer der Nationalliberalen und Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion geführt haben. Hat auch hier der Kanzler an seinem früheren Standpunkt festgehalten, so sträßt er sich im allgemeinen gegen sofortige Reformen im Reiche und in Preußen nicht, wenn eine Mehrheit dafür zu haben ist; einer Parlamentarisierung der Regierung scheint er ablehnend gegenüber zu stehen. Der Befehlshaber Dr. Helmrich, Kriegsminister v. Stein und Marinestaatssekretär v. Capelle traten neben Bethmann, Herrn Erzberger entgegen und führten die Sicherheit des deutschen Sieges zu beweisen.

Wie steht nun die Lage im gegenwärtigen Augenblick? Das große Fragezeichen ist nicht sowohl die Haltung der drei großen politischen Parteien als vielmehr die des Zentrums und der Nationalliberalen. Wollen sie ernsthaft die parlamentarische Regierungsweise, die sie noch jüngst weit von sich gewiesen haben? Wollen sie die Stimme für den Verständigungsfrieden erheben, nachdem sie bis vor ganz wenigen Tagen teilweise geradezu alsdeutsch ausgekämpft haben? In beiden Parteien wird darum noch ge-

runzen. Das Zentrum hat sich bereits entschieden; in einer am Sonnabend abend abgehaltenen Fraktionssitzung stellte es sich rückhaltlos hinter ihren Führer. Bei denen um Gund, Stresemann und Schönach-Carolath ist das aber wie gesagt noch zweifelhaft.

Der Reichstag kann natürlich, was er ernsthaft will, bestehen er darauf, dann muß die ganze gegenwärtige preußische Regierung abtreten und den Platz frei machen für ein parlamentarisches Kabinett mit oder ohne Bethmann an der Spitze. Auch im Reiche müßten dann sofort mindestens die Männer aus der Regierung ausscheiden, die sich am wenigsten in die Notwendigkeiten der gegenwärtigen Zeit hineingefunden haben, deren Amtsführung am wenigsten glücklich gewesen ist, der Verweser des Inneren, Helmrich und der des Außenfern, Zimmermann. Noch morgen müßte die Regierung, wenn die Reichstagsmehrheit entschlossen ist, die sofortige Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, d. h. eine entsprechende Vorlage an den Landtag und im Falle seines Versagens an den Reichstag ankündigen.

Aber ist das Parlament entschlossen? Darüber läßt sich heute noch nichts Bestimmtes behaupten. Es spricht deshalb eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß einstweilen nur die rückwärtigsten Minister in Preußen abgehaltert werden, daß etwa an Stelle des Kultusministers Trott zu Solz der liberale Theologe Harnack und an Stelle des Handelsministers Endow Dr. Stresemann tritt. Das wäre ein bescheidener Anfang der Klärung, die im Herbst unweigerlich kommen muß. Die Liberalen legen naturgemäß das Hauptgewicht auf die parlamentarische Regierungsweise, sie wollen die Staatsverwaltung endlich selbst in die Hand nehmen. Das überwiegende Interesse der Sozialdemokratie als der politischen Vertretung der breiten Massen ist neben der in erster Linie stehenden schleunigen Herbeiführung des Friedens auf das gleiche Wahlrecht in Preußen und auf die dringenden Sozialreformen, Aufhebung des § 153, Arbeitskammern usw. gerichtet. Die Fraktion wird darüber zu wachen haben, daß es in Deutschland vorwärts geht, daß aber zugleich im Rahmen der freiheitlichen Entwicklung auch die besonderen Arbeiterinteressen nicht zu kurz kommen.

*
Wir lassen nun zunächst den uns zugegangenen Bericht der Verhandlungen des Hauptausschusses folgen:

Um Sonnabend hatte sich eine große Zahl von Abgeordneten im Sitzungssaal des Hauptausschusses eingefunden, da erwartet wurde, daß es zu einer bedeutungsvollen politischen Aussprache kommen werde. Zunächst sprachen der Kriegsminister und der Staatssekretär des Reichsmarineamts. Letzterer um auf die Ausführungen des Abg. Erzberger in vorheriger Sitzung zu antworten. Hierauf schlug der Vorsitzende, Abg. Spahn vor, die politische Aussprache von jetzt ab auf den entscheidenden Punkt zu beschränken: welche Schlüssefolgerungen aus der gegenwärtigen politischen Lage zu ziehen seien. Aus diesem Grunde regte er an, eine neue Rednerliste zu führen. — Abg. Dittmann (U. S.) erhob dagegen Einpruch; er sei der nächste Redner und es liege kein Anlaß vor, die Rednerliste zu ändern, auch wenn man jetzt die Aussprache auf einen Punkt beschränke. Er müsse daher annehmen, daß nur deshalb die Rednerliste geändert werden soll, damit er nicht als erster zum Wort kommen könne. — Der Ausschuss beschloß aber, nach dem Vorschlage des Vorsitzenden zu verfahren. Hierauf erwiderte zunächst Abg. Erzberger auf die Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts. Dann nahmen die einzelnen Parteien Stellung zu der gegenwärtigen Lage und zwar Abg. Schiedemann für die Sozialdemokraten, Graf Westarp für die Konservativen, Gotthein für die freisinnige Volkspartei, Prinz Schönach-Carolath für die Nationalliberalen. — Der Reichskanzler antwortete dann in einem eingeschobenen Weise. Darauf folgten die Abg. Warmuth (Deutsche Part.) und Dittmann (U. S.). Gegen 2 Uhr wurde die Sitzung auf Montag vertagt. Die Verhandlungen waren vertraulich.

*
Im Anschluß hieran seien noch einige Pressemeldungen wiedergegeben. Der heutige "Hamb. Corresp." läßt sich aus Berlin berichten: "Die Formel, mit der der Reichstag nach dem Verlangen der Linken seinen Willen zum Frieden der Reichsleitung gegenüber bekunden soll, bildete auch während des heutigen Sonntags im Reichstagsgebäude den Gegenstand eifrigster Besprechungen. Zwar wurden sie nur im engsten Kreise gepflogen; aber es waren die berufenen Vertreter der gegenwärtigen Mehrheitsparteien, die sich des Ausbaues des Gedankens annahmen, den Abg. Erzberger in die Verhandlungen des Hauptausschusses hineingeworfen hatte. Schon nach Schluss dieser Verhandlungen waren die Parteiführer, mit Ausnahme der Rechten und der ganz linksstehenden Gruppen, zusammengetreten, um eine Form für jenen Gedanken zu suchen. Bei der Zusammenkunft am Sonnabend nachmittags jedoch fehlte es noch an festem Boden. Man wußte noch nicht, ob Abg. Erzberger auf eigene Faust oder im Einverständnis mit seiner Fraktion gehandelt hatte oder doch mindestens der späteren Billigung des Zentrums.

gewiß war. Am Sonnabend nachmittag wurde man zuerst nur an die Dr. Spahn dem Grafen Westarp gegebene Erklärung halten, daß das Zentrum zu den Verhandlungen Erzbergers noch keine Haltung genommen habe. Am Abend tagte dann die Fraktion des Zentrums und sie hatt sich rückhaltlos hinter ihren Führer gestellt. Die Haltung der großen Gruppe der Sozialdemokratie unter Scheidemann war nicht zweifelhaft. So traten denn am Sonntag nachmittag die Führer des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie nochmals zusammen. Wie ihre Beratungen streng vertraulich waren, so wurde auch über das Ergebnis strengstes Stillschweigen bewahrt. Schwierigkeiten teil aber weniger die Fassung der Friedensformel als die Frage bereitet haben, in wieweit diese mit den Forderungen für einen freiheitlichen Ausbau des Reiches verquickt werden sollen. Gewisse Strömungen hielten, wie bekannt, die Auflistung dieser Forderungen für unlosbar mit der Friedensfrage verbunden. Eine endgültige Entscheidung ist erst für Montag nachmittag zu erwarten, weil dann den Parteien die heute gesuchten Beschlüsse zur eigenen Entscheidung unterbreitet werden. Wie wir hören, haben Zentrum und Sozialdemokratie ihren Vertretern für die heutige Verhandlung Vollmacht gegeben; jedoch es ist für diese beiden Parteien morgen fast nur noch um eine Berichterstattung über die heutige Tagung handelt. Die Freisinnigen, die heute vormittag eine Fraktionssitzung abhielten, und die Nationalliberalen hatten eine solche Vollmacht nicht erteilt."

In welcher Richtung sich dieser gemeinsame Schritt der Fraktionen bewegen wird, zeigt außerdem nachstehende Drucksmitteilung aus Stuttgart:

Der sozialistische Reichstagsabgeordnete Hildebrand erklärte in einer Versammlung, in der er über die Friedensausichten sprach, daß die Vorgänge im Hauptausschuss zum erstenmal eine Reichstagsmehrheit für die Auflösung des Krieges als eines Vertrids ergebnisse ergeben habe und daß diese Mehrheit jetzt die Regierung zu einer unzweideutigen Erklärung für den Verständigungsfrieden bringen wolle. Daß die Regierung sich dazu bereit finden werde, bezweifelt er nicht, und er will, warum er nicht zweifelt. Auf alle Fälle habe die sozialdemokratische Fraktion der Regierung keine Zweifel gelassen, daß von ihrer Entscheidung zu dieser Frage, wie zu der Frage der Neuorientierung die Stellungnahme der Fraktion in der Frage der Kreditbewilligung abhängig gemacht werden soll.

*
Die fortschrittliche Fraktion war, nach der "Voss. Ztg.", Sonnabend bis in den späten Nachmittag versammelt, nachdem alle anderen Fraktionen schon am Sonnabend wenigstens grundsätzlich zu der dem Reichstage vorliegenden Entschließung Stellung genommen hatten, die im wesentlichen auf den Erzbergerschen Ausführungen in der Freitagsitzung des Haupthausschusses beruhen soll. Der Wortlaut steht noch nicht fest. Wie verlautet hat die Reichstagsfraktion der fortschrittlichen Volkspartei gestern mit allen gegen eine Stimme beschlossen, der Erklärung zu zustimmen. Dagegen zögert ein großer Teil der Fraktion noch, sich an einer Abstimmung für den vollen Systemwechsel zu beteiligen.

*
Wie das "Berl. Tageblatt" schreibt, erwartet man von verschiedenen Seiten den Rücktritt des Staatssekretärs im Reichsmarineamt, Capelle.

*
Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch, daß der Reichskanzler einen 1½-stündigen Vortrag beim Kaiser hatte.

Stockholm.

Stockholm, 7. Juli. (Sig. Drahlbericht.)

Außer Grimm, dem alle bekannten Zimmerwalder das Geleit zum Bahnhof gaben, reisten gleichzeitig die deutschen Delegierten Müller (Sozialdem. Partei) und Cohn (Unabhängiger) vor hier ab.

Der russische Kriegsminister hat nach einer hier vorliegenden Meldung dem russischen A. u. S.-Rat mitgeteilt, Otto Bauer (Wien) dürfe nach Petersburg kommen.

Die Kriegslage.

RES. Großes Hauptquartier, 8. Juli. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Küste, im Hafen- und Wykhae-Abchnitt sowie bei Dens und zwischen Somme und Oise wechseln starke Feuer-

Während westlich von Ypres einzige Erkundungsworthe zum Scheitern gebracht wurden, gelang es unserm Aussöhnungsabteilungen, nordwestlich und westlich von St. Quentin Gefangen zu machen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach tagsüber starker Artilleriewirkung gingen die Franzosen gegen Abend mit erheblichen Kräften zum Angriff östlich von Tergny vor. Der Ansturm brach in unserem Feuer und im Handgranatenstrom verlustreich zusammen. Mit gleichem Misserfolg endeten nachts mehrere Vorstöße gegen unsere Gräben südlich des Schlosses La Bovelle und südwestlich von Villes.

Unseren Sturmtrupps glückte der Überraschung einer feindlichen Feldwache beim Gehöft Mennejean südlich der Straße von Soissons.

In der West-Champagne wurde gestern morgen ein weiterer Angriff der Franzosen am Cornillet-Berge zurückgewiesen.

Auf dem linken Maas-Ufer steigerte sich abends das Artilleriefeuer zu größerer Heftigkeit. Nachts erfolgte ein starker französischer Angriff an der Höhe 304 und am Westhang des Toten Mannes. Der Feind ist abgeschlagen worden. In einigen Grabenkästen wird noch gekämpft.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Außer zeitweilig auslebendem Feuer in der Lothringischen Ebene und erforderlichen Vorfeldkämpfen am Rhein-Rhône-Kanal keine besonderen Ereignisse.

In der Nacht vom 6. zum 7. Juli haben außer Bombenabwürfen nahe an der Front auch Luftangriffe auf deutliches Gebiet stattgefunden. Feindliche Krieger waren im westfälischen Industriegebiet, auf Trier und Umgegend, andere auf Mannheim, Ludwigshafen und Rodalben insgesamt über hundert Brandbomben ab. Militärischer Schaden ist nicht entstanden. Eins der feindlichen Flugzeuge fiel in unsere Hand.

Am Morgen des 7. Juli griff daran ein Fliegergruppe der 2. Legion an. Gegen 11 Uhr vormittags wurden die Docks, Hafen- und Speicheranlagen an der Themse eifrig mit Bomben beworfen. Brand- und Sprengwurzungen wurden festgestellt. Eins der zur Abwehr aufgestiegenen englischen Flugzeuge ist über London abgeschossen worden. Auf dem Flugfeld am Ostufer Englands wurden Bomben abgeworfen.

Unsere Flugzeuge sind sämtlich zerstört bis auf eins auf See notgelandet, das von unseren Seestreitkräften nicht mehr geborgen werden konnte.

Zu Luftkämpfen und durch Abwehrfeuer an der Front haben die Krieger gestern neun Flugzeuge eingeschossen, eins davon ist durch Leutnant Wolff abgeschossen worden, der damit seinen 23. Luftsieg errang.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

(Heeresgruppe des Generalobersten v. Böhme-Schmolli.)

Aus dem Kampfhelden zwischen Styrna und Zola-Lipa haben die Russen ihre Angriffe nach den zahlreichen Opfern der Vortage nicht neuern können.

Heute morgen brach ein Angriff ohne Feuervorbereitung bei Zborow verlustreich zusammen.

Bei Stanislau ist gestern und heute früh gekämpft worden. Österreich-Ungarische Regimenter wirken dort im Nachkampf mehrere russische Divisionen ab, deren Sturmwellen durch unser Berndungsfeuer gefichtet, bis an die Stellungen vorgedrungen waren.

Auch bei Ruta im oberen Tal der Bistritz-Selotwinja wurde ein Angriff der Russen abgeschlagen.

Bei den Krieger-Armeeen der Ostfront hielt sich die Gefechtsfähigkeit in möglichen Grenzen.

An der mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Berlin, 8. Juli, abends. (Amtlich.)

Am Chemin des Dames, südlich von Bapaume-Hain, brachte uns ein Flugzeug beträchtlichen Raumgewinn und über 700 Gefangene ein.

Zum Osten haben heute die Russen bei Stanislau erneut angegriffen und Gelände gewonnen.

Wien, 7. Juli. (Amtlich.)

An mehreren Stellen der Karpathen-Gebirge ließ das feindliche Artilleriefeuer heftig auf. In der Gegend von Tornau-Rote, Kükla und im Sudeten-Gebiet, dann beiderseits des Teslonica-Baches erreichte es zeitweise größte Heftigkeit. Unsere Artillerie erwiderte mit kräftigem Berndungsfeuer von guter Wirkung. Bei Kükla kam es der Feind seine Deckungen gründlicher, Erkundungsabschüttungen des Gegners, die an mehreren Stellen vorzugehen versuchten, wurden abgewehrt. Bei Stanislau haben die Russen nach heftigster Artillerievorbereitung mehrere Stafe, aber erfolglose Angriffe geführt. Der Hauptstoß hat hier das letzter austarrende ungarnische Heeres-Infanterieregiment Nr. 50 angegriffen. Auch bei Ruta und Selotwinja und in den später nachdrückenden russischen Angriffen gefechtet.

Zum Raum der Sezejan kam es gestern nur zu einem kurzen feindlichen Vorstoß, der abgewehrt wurde. Wie erfolgreich die Verteidigung der hier kämpfenden deutschen und österreichischen Truppen, dann der letzten mitwirkenden Hornbach-Infanterieregiment Nr. 33 und 31^o in den Vortagen war, zeigen die auf etwa 13 000 Mann gesichteten feindlichen Truppen im Vorfeld. In unveränderter Verteidigung ihres begrenzten Fußstells gelungen vom 2. Juli konnten die Russen kehren, die Entfernung südwestlich von Zborow durch einen steilen Bergabhang. Unter Herrschaft eines Gardekorps, weiterer reiner Kavallerie und junger Kavalleriekanone legten die Russen in einer Frontstrecke von 15 Kilometern etwa 9 bis 10 Divisionsstellungen 15 Wellen tief, zu wiederholten Angriffen ein.

Zu den heldenmäßigen Haltungen deutscher Regimenter brachen alle, nach mehrstündigem Beschussregime vom frühen Morgen bis zum Mittag vorgebrachten Kavallerieeinfälle und kampflos zusammen. Dem letzten Sonderer Infanterieregiment Nr. 23 und der vorzüglich mitwirkenden L. u. L. Artillerie gehörte ein zähmusternder Sieg an dem großen Erfolg des gestrigen Tages. Mehrere Panzertraktoren, die eingesetzten verloren, waren zerstört. In den Mittagsstunden war die Kavallerieheit des Gegners durstig gebrochen, das er verloren durch das Kavalleriegeschafft eine Jagd und verlor seine Kavallerie. Die zur bestmöglichsten Verfolgung herangezogene Kavallerie wurde durch einen Feind gesprengt. Die Berufe des Feindes sind außerordentlich schwer. Unsere Kavallerie ist in möglichen Grenzen.

Gestern 8 Uhr beginnende bei südwestlich Zborow erneuter russischer Angriff hatte den gleichen Misserfolg wie die früheren. Bei Ruta-Zsugy und südlichste zweite gegen österreichisch-ungarische Truppen geführte Angriffe gefeiert. Die russische Besetzung und in erhabenster Schweregefecht haben des später Infanterieregiment Nr. 33 den Feind vollständig geworfen. Österreichisch-ungarische und deutsche Artillerie haben auf hier zurückhaltendes Feuer und im Bereich mit der Infanterie den Feind schwerer verletzt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Feuer erprobter Feindlichkeit im Feste-Tesino zeigt zu werden.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse.

Wien, 8. Juli. (Amtlich.)

Östlicher Kriegsschauplatz.
In der Karpaten zur möglichen militärischen Artillerieeinfälle geringe Feindlichkeit. Bei Stanislau hat der Feind keine Angriffe geführt und hält jetzt mit großer Feindseligkeit an.

Heute frühzeitig schwächeren Vorstoß legte er gegen 1 Uhr nachmittags starke überlegene Kräfte zum entscheidenden Stoß gegen unsere Stellungen beiderseits der Straße Stanislau-Kalisch ein. Alle Angriffe zerschlagen an der tapferen Haltung und dem vorzüglichen Zusammenwirken aller Waffen unserer Messefeger-Division. Der in wenigen Stellungen in die vorderen Gräben eingedrungene Feind wurde durch sofortigen Gegenangriff geworfen. Ein weiterer Angriff in den Abendstunden wurde schon durch unser Artilleriefeuer niedergeschlagen, auch blieb ein heute früh ohne Vorbereitungsteuer unternommener Vorstoß ergebnislos. Im Tale der Bistritz-Selotwinja, nördlich Ruta, hat der Feind ebenfalls kleinere Kräfte zum Angriff angezeigt. Das bewährte Infanterieregiment L. I. Franz Joseph I. Nr. 1 behauptete hier in zähem Kampfe alle seine Stellungen. Sie dem Hauptangriffstrichter der Vorstöße haben, mit Ausnahme eines erfolglosen feindlichen Vorstoßes südwestlich von Zborow, keine größeren Kampfhandlungen stattgefunden.

Unverändert.

Rußland.

Vier Infanterie-Regimenter

sind durch Kereki aufgelöst worden, weil die Mannschaften sich aus politischer Überzeugung geweigert haben, an den Vorbereitungen zur Offensive und an der Offensive selbst teilzunehmen. Die Mannschaften sollen vor die Feldgerichte gebracht werden, was zur Androhung von Repressionsmaßregeln von Seiten der Radikalsozialisten geführt hat.

Der Seekrieg.

Weitere 73 000 Brutto-Rегистertonnen Schiffsräume verloren!

MTS. Berlin, 7. Juli. (Amtlich.)

1. Im Atlantischen Ozean wurden durch eins unserer Unterseeboote wiederum 23 000 B.-R.-To. vernichtet. Unter den versunkenen Schiffen befanden sich die englischen Dampfer "Lord Roberts", 4160 To., mit Weizen, "South Wales", 3668 To., mit Reis, zwei englische Dampfer mit Mais, beziehungsweise Früchten. Zwei der versunkenen Schiffe hatten Kohlen geladen.

2. Im Mittelmeer wurden neuerdings elf Dampfer und 39 Segler mit über 50 000 Brutto-R.-To. durch unsere U-Boote versenkt. Darunter befanden sich drei von zwei Zeppelinen gefischerte englische Trippentransportdampfer "Celtian", 8912, die bewaffneten englischen Dampfer "Averra", 4232, mit Wolle und Stückgut, "Bardoswald", 4013, "Long Song", 2184, die bewaffneten französischen Dampfer "Craonne" und "Diasse", ein unbekannter bewaffneter Dampfer von etwa 4000, zwei unbekannte vollbeladene Dampfer von etwa 5000, beziehungsweise 6000, sowie 24, fast durchweg mit Phosphat für Italien beladene italienische Segler. Mehrere Dampfer wurden aus stark gesicherten Seileitungen, einer im Nachgang, abgeschossen. Ein modernes 7,6-Zentimeter-Geschütz des englischen Dampfers "Long Song" wurde exzentriert.

Der Chef de Admiraltäbes der Marine.

Ein deutscher Fliegerangriff auf London erfolgte am Sonnabend, wie aus dem heutigen Heeresbericht ersichtlich ist. Der Angriff gegen die Hauptquelle der englischen Kriegsflotte erfolgte wiederum am hellen Tage.

Wie Reuter amlich meldet, sind bei dem letzten Fliegerangriff 35 Menschen getötet und 414 verwundet worden. Reuter bezeichnet diesen Luftangriff als den größten, der bisher ausgeführt worden ist.

Englischer Zerstörer torpediert.

Die englische Admirität teilt mit: Einer unserer Zerstörer wurde in der Nordsee durch ein feindliches Unterseeboot torpediert und versenkt. Ein Offizier und sieben Männer wurden getötet.

Die Ausdehnung der englischen Seesperrre ist, wie dem holländischen Gesandten in London erklärt wurde, ausgiebig erweitert, um den feindlichen Streitkräften den Zugang zu den britischen Gewässern zu sperren. — Das Kindert aber an der Tatfrage nichts, daß Holland durch diese Ausdehnung noch weit empfindlicher als bisher schon getroffen wird. Es ist stark zu bezweifeln, daß England sich durch das holländische Erkennen, die beabsichtigten Maßnahmen im Interesse Hollands einer ernstlichen Prüfung zu unterziehen, von seinem Standpunkt auch nur um ein Dioz abringen lassen wird.

Englischer Minensucher gesunken.

Ein im Mittelmeer verwandelter britischer Minensucher stieß am 4. Juli auf eine Mine und sank. 10 Männer der Besatzung werden vermisst; sie sind wahrscheinlich durch die Explosion getötet.

Französisches U-Boot kaputt.

Das Unterseeboot "Tirane" wurde am 19. Juni im Mittelmeer von einem feindlichen Unterseeboot torpediert und versenkt. Die Offiziere und ein Teil der Besatzung sind umgekommen. 9 Mann wurden gerettet.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Deutsche Flieger im Rheinland.

Berlin, 8. Juli. (Amtlich.) Deutsche Flieger haben in der Nacht vom 6. zum 7. Juli zahlreiche Angriffe auf das deutsche Heimatland unternommen. Der Erfolg der mit starkem Kräfteeinfall geworfenen Angriffe war, um dies vorweg zu nehmen, völlig gleich Null. Es wurde weder irgendwelcher Beute der Verteidigungsindustrie, noch irgendwelche militärische Anlage getroffen. Ganz anders nach den abgeworfenen Bomben und dem Fliegergerausch bestelltes fand, gaben die Angriffe den Menschen und den Städtegraben im weiten Umkreis um die verunstlichen Zielpunkte zu schaffen. Es aber zwei feindliche Flieger brachten ihre Reise bis in das Reichsgebiet aus. In der Gegend von Eppen wurden trotz eisiger Eisens ein Lauf des Tages auf einem Zweck der Bombenabwurflage gefunden. Etwas andere zielten mehrere Angriffe in einem 10 Kilometer von Eppen entfernten Dorfe mehrere Geschäftsstätten.

Ein Teil der feindlichen Flieger scheint sich verirrt zu haben, denn zahlreiche Bomben fielen in Gegenden nieder, wo überhaupt kein Ziel zu finden ist, wie zum Beispiel in den friedlichen Dörfern Speicher, Ehrlang und Oberemmel, wo ein Kind dem Angriff zum Opfer fiel. In der militärisch gäng bedeutsamen Stadt Neunkirchen wurde ein Mann getötet, eine Frau schwer und ein Kind leicht verletzt. In einem Dorf Diedenhofen töpferte eine Bombe eine dreiköpfige Familie. In Trier wurde der Dachstuhl des Franziskanerklosters durch eine Bombe in Brand gesetzt, darüber hinaus ist, abgesehen von zerbrochenen Fensterscheiben, auch an Privatwohnungen nirgend Sach-, noch Personenschäden verursacht worden. Einer der Angreifer von Trier wurde durch unsere Abwehrnahmen bei Saarburg zur Erde gezogen. Das Flugzeug ist zertrümmernt. Die Insassen, von denen einer verwundet ist, sind festgenommen. Aus welchem Grunde die offene und militärisch völlig bedeutungslose Stadt Trier wiederum beworfen wurde, ist unverständlich.

Weltfriedensbund und Kleinstaaten.

Die Stellungnahme der kleinen Staaten zum Problem einer internationalen Organisation für die Verhinderung des Krieges und die Sicherung des Dauerfriedens wurde auf der nordischen interparlamentarischen Delegiertenkonferenz in Kristiania in einer Geheimstuhlung erörtert und der Presse darüber folgendes mitgeteilt:

Folatingsabgeordneter Niels Petersen (Dänemark), Generalsekretär Lange (Norwegen) und Abgeordneter Freiherr Palmstierna (Schweden) erstatteten Bericht über die von den drei nordischen interparlamentarischen Gruppen geleistete Vorbereitung. Nach eingehender Debatte beschloß die Konferenz folgende Resolution:

Die neunte interparlamentarische Delegiertenkonferenz hat mit Beifriedigung davon Kenntnis genommen, daß die drei nordischen Regierungen, veranlaßt durch die Beschlüsse früherer Delegiertenkonferenzen, einleitende Schritte unternommen haben, um einen Gedankenaustausch über die Wahrung der Interessen der neutralen Staaten bei und nach Beendigung des Weltkrieges einzuleiten. Die Konferenz gibt sich der Hoffnung hin, daß sich hieraus eine engere Zusammenarbeit entwickeln wird, und stellt anheim, zwischen den neutralen Staaten vorbereitende Gespräche einzuleiten, um die Stellung festzulegen, die zur Schaffung einer zwischenstaatlichen Rechtsorganisation zwecks Vorbeugung gegen die Kriege, wie sie voraussichtlich bei Abschluß des Weltkrieges entstehen wird, Stellung zu nehmen. — Der Rat wird beauftragt, diesen Wunsch der drei Regierungen zu bringen. Den nordischen interparlamentarischen Verband fordert die Konferenz auf, seine Studien und Gespräche über diese Fragen fortzuführen, sowie durch das interparlamentarische Bureau mit Gruppen anderer neutraler Staaten hierüber einen Meinungsaustausch einzuleiten. — Notfalls soll eine außerordentliche Delegiertenkonferenz das Problem weiter erörtern.

Die allgemeine Dienstpflicht auch in Kanada.

In zweiter Lesung hat das kanadische Unterhaus mit 118 gegen 55 Stimmen den Gesetzesentwurf über die Einführung der Dienstpflicht angenommen. — Dem englischen Einfluß können sich die Kolonien auf die Dauer nicht mehr entziehen.

Aus Sübed und den Nachbargebieten.

Montag, 9. Juli.

Völkerwahn.

Von Ernst Kraatz.

Millionen Herzen kennen nur einen Schlag: Wann das große Leid sich wohl wenden mag?

Kedes Kindlein, das abends zu Bett geht, um des Vaters Rückkehr mit Unkunft fleht.

Jede Gattin, einsam, verlassen, verwaist, Irrt und wandert zur Ferne mit suchendem Geist, Wer als Mutter einen im Schoße trug, Mürmelt gegen die Heze grimmissen Fluch.

Seufzer und Söhnen durchzucken das Herz der Braut, Wenn sie nächtlich empor zu den Sternen schaut.

Hüben und drüben — alle stehen vereint, Wenn die Sorge und Sehnsucht um Liebes meint.

Ob uns die Sprache, ach, ob uns die Grenze trennt — Keiner, keine hier anderes fühlen kennt.

Menschen sind wir, Menschen in tiefler Not, Alle gepeißt vom blutigen Schlachttod.

Warum reichen wir uns brüderlich nicht die Hand, Schaffend ein freies, frohes, glückliches Land?

Warum bieten wir nicht dem Morden ein Halb, Das beherrschend es über die Erde schlägt?

Ach, noch fehlt so viele der finstren Wahn Und verlegt zu besser Erkenntnis die Bahn!

Ach, noch sind so viele vom Hass blind — Und die Völker blühen's vom Kreis zum Kind!

(Wahret Jacob!)

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die sich mit dem Parteitag in Würzburg zu beschäftigen hat, findet heute abend im Gewerkschaftshause statt. Niemand fehlt!

Es regnet nach langer Zeit wieder einmal. Die Fluren waren bereits am Vormittag, von den Weiden war vielfach das jährlinge Grün verdorben und in den Häerten lüft das Wachstum der Kartoffeln und des Gemüses unter der Dürre. Nun wird öffentlich des bestreitenden Nachsichtigkeits Nachfrager erwartet werden.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besucher belief sich

Land 162 (149), Oldenburg 73 (85), Mecklenburg 48 (43), Preußen 37 (40), und sonstwo 28 (34). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Familien- und Krankenversicherung) 172 (206), Privatangestelltenversicherung — (1), Arbeits- und Dienstvertrag 220 (176), Bürgerliches Recht 326 (261), Strafrecht 118 (91), Gemeinde- und Staatsbürgerschaft 542 (484), Vereins- und Verwaltungsrecht 1 (—), Arbeiterbewegung (—), Privatversicherung 10 (4), Handels- und Gewerbeaufsicht 8 (2), Zivildienst 27 (1), Berghüter 24 (17). Von den Auskünften machten 343 (456) die Unfertigung vor 297 (469) Schriften erforderlich; außerdem gingen aus 10 (96) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 227 (243) Postkarten. Der 11. Juni zeigte mit 78 (167) die höchste, der 9. Juni mit 29 (28) die niedrigste Belegzähler.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 16. Juli, abends 6 Uhr statt.

Familienunterstützung. Um möglichst volle Einheitlichkeit in der Durchführung des Familienunterstützungsgesetzes zu gewährleisten, hat der Reichskanzler (Reichsamt des Innern) ein Rundschreiben an die Bundesregierungen gerichtet, das in der Hauptsache aussieht:

Bei zeitweiliger Beurlaubung bis zu einem Monat sind die Familienunterstützung allgemein weiter zu zahlen. Übersteigt der Urlaub einen Monat, so ist die Bedürftigkeitsfrage zu prüfen, die zu verneinen ist, wenn der Beurlaubte eine geeignete Beschäftigung zu übernehmen abschlägt. Bei Beurlaubungen bis zur Entlassung ist die Weiterzahlung regelmäßig vom Vorliegen der Bedürftigkeit abhängig zu machen.

Die Halbmonatsrate, die nach der Entlassung als außerordentliche Unterstützung gezahlt wird, und die Dreimonatsrate, die nach § 9 der Verordnung vom 21. Januar 1916 bei Verwundung und Krankheit neben die Militärvorsorgungsgebühren tritt, sind unabhängig von der Bedürftigkeit weiterzu zählen. Das gleiche gilt für die Weiterzahlung der Familienunterstützungen an die Hinterbliebenen auf die Dauer von drei Monaten.

Für die über diese Zeit hinaus gezahlten Familienunterstützungen können nur die Rentenabzüge in Anspruch genommen werden, die den Berechtigten für die Zeit zustehen, für die sie bereits Familienunterstützung gezahlt erhalten haben. Dagegen dürfen laufende Renten nach dieser Zeit für die gezahlten Familienunterstützungen nicht einbehoben werden.

Die oben erwähnten Halbmonatsraten sind bei jeder Entlassung zu zahlen, bei wiederholter Entlassung also mehrfach.

Für die Unterstützung nach geborener Kinder, die an einem anderen Aufenthaltsort zur Welt gekommen sind, hat der Lieferungsverband einzutreten, der zur Unterstützung der übrigen Familienmitglieder des Heerespflichtigen verpflichtet ist.

Auch nach dem Tode des Heerespflichtigen kann noch Antrag auf Gewährung der Familienunterstützung für die Zeit gestellt werden, während der nach den Vorschriften des Gesetzes das Recht auf die Unterstützung fortduert.

Arbeitgeber bei hilflosen Kindern können bei der Feststellung der Bedürftigkeit billigerweise nicht ganz außer acht gelassen werden. Grundsätzlich soll aber die Gewährung der Wiedergabe nicht mit Rücksicht auf die vorhandene Arbeitgeberhilfslinie abgeschnitten werden.

Für Kosten der Fürsorgeerziehung haben die Lieferungsverbände im Zusammenhang mit der Familienunterstützung nicht aufzukommen, da diese Kosten aus öffentlichen Mitteln bestreitet werden und nicht als Armenunterstützung anzusehen sind.

Fürsorge für Kriegsgefangene. Der Bundesrat beschloß in seiner Sitzung vom 5. Juli ein Gesetz über Fürsorge für Kriegsgefangene. Es wird darin bestimmt, daß Gesundheitsförderungen, welche deutsche Militärpersonen oder andere unter die deutschen Militärvorsorgungsgesetze fallende Personen in feindlicher Kriegsgefangenschaft erleiden, als Dienstliche Schädigungen gelten, wenn sie infolge von Arbeiten, zu denen die bezeichneten Personen verwendet werden, oder durch einen Unfall während der Errichtung solcher Arbeiten eingetreten oder wenn sie durch die Kriegsgefangenschaft eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verhömmelt sind. Feindliche Militärfestungen oder ihnen gleichgestellte Personen, die in deutscher Kriegsgefangenschaft eine Gesundheitsstörung erleiden, erhalten, solange sie sich in der Gewalt einer deutschen Militärverwaltung befinden, ebenfalls eine angemessene Fürsorge. Die eurischen Verhältnissen entspringenden Rechtsfolgen waren bisher durch besondere gesetzliche Vorschriften nicht geregelt. Zur Verhütung einer Doppeljurisdicition sind besondere Einzelbestimmungen vorgesehen.

Das Gesetz hat rückwirkende Kraft bis zur Zeit des Kriegsbeginns, mit Ausnahme der Bestimmungen über die Heranziehung der Unternehmer zu Beiträgen, wo es nur bis zum Beginn des Jahres 1917 zurückwirkt.

Ein Pfund Kartoffeln die Woche können, soweit überhaupt Kartoffeln zu erhalten sind, auf die Unterabschnitte 1—4 der Abschnitts 7 der allgemeinen Kartoffelliste in der Woche von 9. bis 15. Juli bezogen werden. Das ist bitterwenig. Auf den Unterabschnitte 5—10 gibt es als Preis für Kartoffeln ein Pfund Brot.

Nochmals etwas zum Kapitel über falsche Gerüchte. Von zu ständiger Seite wird uns gedriessen: In den letzten Tagen schwirren wieder eine Menge Gerüchte über verdorbenes Eier in der Luft. Richtig ist lediglich, daß eine Partie Auslands-Eier hier vor längerer Zeit teilweise in verdorbenem Zustand ankam. Seit jener Zeit ist dafür Sorge getragen, daß jedes Ei von dem Händler vor dem Verkaufe zu durchleuchten ist, um dadurch die Gewissheit zu haben, den Kunden nur gute Eier zu verabfolgen. Im übrigen kann nur darauf hingewiesen werden, daß den einzelnen aus dem Gebiete der Lebensmittelversorgung tätigen Organisationen — und man wird in dieser Beziehung kaum etwas anderes annehmen können — die besten Fachleute zur Verfügung stehen, deren Rat und Anordnung immer ausschlaggebend sein müssen und auch sind. Unsere Bevölkerung kann nur immer wieder gebeten werden, nicht jedem Klatsch willig das Ohr zu öffnen und die oft unglaublichen Dinge gutgläubig weiter zu geben, ganz abgesehen davon, daß der einzelne nun dadurch auch straffällig machen würde.

Konservierung von Erbsen und Getreide mit Fettzucker verboten. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat durch Bekanntmachung vom 28. Juni 1917 die gewerbsmäßige Verarbeitung reifer Erbsen zu Konserven sowie die gewerbsmäßige Herstellung von Gemüsekonserven mit Fettzucker (sogenannte spezifische Konserven) verboten. Die Konservierung ist überflüssig, da reife Erbsen auch ohne Konservierung haltbar sind. Gettekonserven haben sich als zu wenig haltbar und auch sonst als unwirtschaftlich erwiesen.

Glaschenposten-Verzug. Es ist in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß Glaschenposten mit Nachrichten, die ohne weiteres als falsch und irreführend festgestellt werden konnten, aufgefunden wurden. So handelte es sich unter anderem um Lebenseichen von U-Bootbesatzungen, deren Boote angeblich gesunken sein sollten, die sich aber tatsächlich wohlgehalten auf der Fahrt oder in der Heimat befanden. Es ist klar, daß durch solche Lebenseichen unter Umständen eine schwere Verunsicherung der Bevölkerung entstehen kann.

Der amtliche Kriegsbericht.

NRW. Großes Hauptquartier, 8. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Bei Siegen und Dünkt blieb in fast allen Frontabschnitten das Feuer bis zum Abend gering. Es lebte dann mehrfach auf. Nachts kam es an verschiedenen Stellen zu für uns unerwarteten Erfolgsgeschichten.

Bei der

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

wird ein Angriff zur Verbesserung am Chemin des Dames mit vollem Erfolg durchgeführt. Nach einem Feuerüberfall von Minen- und Granatwerfern auf die Sturmziele brach die Infanterie, gefeuert durch das Regelfeuer der Artillerie, zum Einbruch vor.

Die aus Niedersachsen, Thüringen, Rheinländern und Westfalen bestehenden Sturmgruppen nahmen in kräftigem Stoß die französischen Gräben südlich Parigny-Tilain in 3 Kilometer Breite und hielten die gewonnene Linie gegen fünf feindliche Angriffe.

Zur Abteilung des Gegners waren kurz vorher an der Straße Deon-Saussons Sturmabteilungen hessisch-nassauischer und westfälischer Bataillone in die französischen Gräben gedrungen. Sie feierten nach Erfüllung ihres Auftrages mit einer größeren Zahl von Gefangenen beispielsgemäß in die eigene Linie zurück.

Der überall heftigen Widerstand leistende Feind erlitt hohe blutige Verluste, die sich bei ergebnislosen Gegenangriffen auch während der Nacht noch steigerten. Es sind 30 Offiziere und über 800 Mann gefangen eingebracht worden. Die Beute an Schießgerät ist sehr erheblich.

Auf dem Westufer der Maas haben die Franzosen aus den Kämpfen in der Nacht vom 8. Juli einige kleine Grabenküsten in den Sand gehalten. Heute vor Tagesschluß nordöstlich von Esnes eingezogene Vorstöße sind zurückgewichen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Prinzen Leopold von Bayern.

Heeresgruppe des Generalobersten von Boehm-Scholl

Während zwischen Strypa und Zlota Lipa nur schwache Artilleriefeuer bestand und uns einige Vorstöße Gefangene eingebracht, kam es bei Steinslaw zu neuen Kämpfen. Durch starke russische Angriffe wurden die dort stehenden Truppen zwischen Giezon und Gagbodz 12 Kilometer gegen die Waldhöhen des Czernylas zurückgedrängt. Durch Eingreifen deutscher Reserven kam der Stoß zum Stehen.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph

In den Karpaten hielt die rege Tätigkeit der russischen Batterien an. Deutsche Angriffe der Russen sind an mehreren Stellen gescheitert.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen und an der mazedonischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Echtheit der Glaschenposten nicht gleich beurteilen können, erhebigt wird. Abgesehen davon macht sich der Urheber einer solchen Glaschenpost durch Verlust gegen das Belagerungsstands-Gesetz schwer strafbar. Es kann daher nur erthlich vor dem gegebenen Unfall, der für den Betreffenden selbst wie auch für eine Witterschicht die schwerwiegendsten Folgen haben kann, gevariert werden.

Strafung wegen Nichtbeachtung der Bestimmungen über den Abfeuerchein. Bereits seit vielen Monaten sind die in Betracht kommenden Kreise immer wieder auf die genaue Beachtung der Bestimmungen über den Abfeuerchein und insbesondere über die Veranschlagungen zur Einführung Hilfsdienstpflichtiger hingewiesen. Durch Verlegung der gesetzlichen Vorschriften gewarnt worden. In vielen Fällen hat dies Warnen nichts genutzt. Immer wieder und Hilfsdienstpflichtige unter Nichtbeachtung der oft genug beigegebenen Vorschriften eingestellt worden. Da alles Mahnen nichts genutzt hat, so hat man dazu übergehen müssen, im Interesse einer erfolgreichen Durchführung des Hilfsdienstgezetts gegen allejenigen, die sich immer noch nicht an die gesetzlichen Bestimmungen halten, mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorzugehen. Demzufolge sind, wie in anderen Bezirken, so auch jetzt im Gebiet es Schlichtungsausschusses für den Bezirk Lübeck von den Gerichten myndliche Strafen gegen alle diejenigen erkannt worden, die die Bestimmungen des Hilfsdienstgezetts über den Abfeuerchein immer nicht beachtet haben. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen auch folgende Zeilen, die uns mit der Bitte um Abdruck zugehen, och einmal über die einzelnen gesetzlichen Bestimmungen bezüglich es Abfeuercheines befehlt werden. Ein im Hilfsdienst Tätiger darf zum Auscheiden aus seiner bisherigen Hilfsdiensttätigkeit nur beidernder Befreiung eines bisherigen Arbeitgebers darüber, daß dieser mit dem Ausscheiden des Hilfsdienstpflichtigen aus seinem Betrieb einverstanden ist — des sogenannten Abfeuerheins — oder einer vom Schlichtungsausschuß zu erteilenden Becheinigung, die in ihrer Wirkung dem Abfeuerchein gleichstellt, als der Arbeitgeber Erteilung des Abfeuercheins verzweigt. Vor der Hilfsdienstpflichtige nicht den Abfeuerchein bezw. die diejenige Becheinigung des Schlichtungsausschusses erhalten darf, darf er seine bisherige Arbeitsstelle nicht verlassen, es sei denn, daß ihm die Fortsetzung des Belastigungsverhältnisses nach den besonderen Umständen des Falles nicht zugemutet werden kann; hierüber entscheidet der Vorzügliche des Schlichtungsausschusses endgültig. Der Arbeitgeber muß ihn, wenn er den Abfeuerchein verzweigt, bis zur Entscheidung des Ausschusses weiter beschäftigen unter Bedingungen, die nicht ungünstiger als die früheren Arbeitsbedingungen sein dürfen. Verlost ein Hilfsdienstpflichtiger seine Arbeitsstelle in einem Hilfsdienstbetrieb ohne Abfeuerchein bezw. ohne die diesem gleichstehende Becheinigung des Schlichtungsausschusses, so darf ihn innerhalb der nächsten zwei Wochen kein fremder Arbeitgeber einstellen, ohne sich der Gefahr schwerer Strafhaftung auszusetzen. Der Hilfsdienstpflichtige wird also zwei Wochen lang ohne Verdienst und Arbeit sein. Gerade diese Vorrichtungen sind vielfach nicht beachtet worden und wegen Verleugnung dieser Bestimmungen ist die gerichtliche Verurteilung der Arbeitgeber erfolgt. Im Interesse einer möglichst straffen Durchführung des Hilfsdienstgezetts, die mit Rücksicht auf diejenigen Bevölkerung durchaus notwendig ist, ist ihre peinliche Innehaltung durchaus erforderlich, sodass alle Personen, die ihr entgegenhandeln, auch in Zukunft mit unangeführter gerichtlicher Strafverfolgung zu rechnen haben.

In den Preußen! Die Breslauer Zeitungsverleger haben einen für die gesamte Tagespresse nachahmenswerten Beschluß gefasst. In Berichten über Wucherprozesse sollen niemals die vollen Namen der Verurteilten stehen. Man verprüft sich davon günstige Würdigung für die Volksallgemeinheit. Die Erwartungen mögen auch hier nicht zu hoch gesetzt werden, denn die Moral der Kriegsmannschaft verträgt schon einen trügerischen Kult.

dem sollten diese Abschreckungsversuche überall von der Presse gehabt werden. Ein Zuwiel kann es darin garnicht geben.

Eine solche Anprangerung der Wucherer ist von uns bisher schon immer erfolgt, wenn wir über die in Frage kommenden Gerichtsverhandlungen berichten. Leider ist es uns während der Kriegszeit nicht möglich zu allen Gerichtsverhandlungen Berichterstatter zu entsenden, und deshalb sind wir nicht in der Lage jeden Fall entsprechend anzugehen.

Die vorsjährige Obstsammelung hat einen sehr nahezu vollständigen Erfolg gehabt. Bis zum 1. April 1917 wurden beim Kriegsausflug 3827554 Kilogramm Obstkerne abgeliefert. Angesichts dieses erfreulichen Ergebnisses wird von dem Kriegsausflug auf eine noch stärkere Erfassung der Obstsammelmenge gedrängt. Für Lübeck ist die Organisation der Sammlung dahin geordnet, daß der Vaterländische Frauenverein zugleich Hauptsammlsstelle für das Stadtbereich und Ortsammlsstelle für Stadt und Vorstadt ist, mit Ausnahme des sog. Einheitsgebietes, zu diesem wie im Landgebiet sind die Bezirkschulen Ortsammlsstellen für ihre Bezirk. Der Kriegsausflug legt in diesem Jahr besonderen Wert darauf, daß jedem Sammler für die im vorschriftsmäßigen Zustande eingelieferten Kerne eine Vergütung gewährt wird und zwar für die Kerne des Steinobsts 10 Pf., für die Kerne des Steinobsts 15 Pf. und Apfelsinen- und Birnenkerne 25 Pf. für das Kilogramm, die bei der Ablieferung in der Ortsammlsstelle ausgezahlt wird. Die Ortsammlsstelle des Vaterländischen Frauenvereins befindet sich im Gebäude der Armeebehörde, St. Annenstr. 1. Sie wird vom 1. August an jeden Mittwoch und Freitag nachmittags von 4—7 Uhr zur Annahme der sauberer, trockener und sortierten Kerne geöffnet sein. An übrigen werden sowohl die Ortsammlsstelle als auch die Ortsammlsstelle Lübeck durch die Zentrale vom Roten Kreuz, St. Annenstr. 2, Fernspr. 388, Geschäftsstunden werktags von 10—1 Uhr, vertreten sein. An diese sind auch schriftliche Mitteilungen zu richten.

Berichterstattungen. Die Beteiligung an der Motorbootfahrt nach Rügenburg ist so groß, daß eine gleichzeitige Beförderung aller Kinder unmöglich ist. Für die Schüler und Schülerinnen aus den Schulen in St. Lorenz findet deshalb die Fahrt am Freitag, dem 13. Juli statt. Die Kinder aus den übrigen Schulen unternehmen den Ausflug am Mittwoch, dem 11. Juli. Kinder, die für diese Fahrt keine Karten mehr erhalten haben, verfehlten wie auf die am 30. Juli stattfindende Wanderung nach Rieben-Wölsches See. Auch bei diesem Ausflug wird das Motorboot benutzt.

Drama-Theater. Am Dienstag findet die unwiderruflich letzte Aufführung des Dramas "Mud der Meew's" von F. Stavenhagen durch Herrn Alfred Mack aus Hamburg und seine Gesellschaft statt. Wer also noch einmal Gelegenheit nehmen will, dieses hochinteressante Werk in vorzüglicher Darstellung an sich vorüberziehen zu lassen, versäume nicht, diese Vorstellung zu besuchen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat Juni in 120 Fällen gemeldet. Davon betrafen 84 Fälle (6 darunter tödlich verlaufen) Diphtherie, 18 (1 tödlich) Masern, 10 Scharlach, 4 (1 tödlich) Typhus, 2 Ruhr, 1 Gonorrhöe, 1 Granulose.

ph. Lebensmittelstodie auf einem Dampfer. Zeitgenommen wurden 5 Mann der Beladung eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, die sich umfangreicher Lebensmittelstodie zuschulden kommen lassen hatten. Das Dampfboot war der Ladung des Dampfers entnommen.

ph. Seinen Arbeitgeber bestohlen. Zeitgenommen wurde ein Handlungsgesell, der seinem Arbeitgeber diverse Kleidungsstücke und Wäsche usw. gestohlen hatte.

ph. Bereitung von Kaufmannsgütern. Ermittelt und festgenommen wurden zwei bei der Lübecker Eisenbahn angestellte Wagenräuber, die sich der Bereitung von Kaufmannsgütern kundig gemacht hatten. Ein Teil des Diebesgutes wurde bei den Toten nach vorgenommen und konnte beschlagnahmt werden.

ph. Junge Sünder. Ermittelt und zur Anzeige gebracht wurden drei Schulknaben, die gemeinschaftlich mehrere Täschendiebstähle in der Bezugschein-Ausgabestelle ausgeführt hatten.

Hamburg. Die Aufhebung des Klassenwahlrechts. Der Bürgerausschuss ist folgende Mitteilung des Senats zugegangen: Der Senat erklärt sich mit dem von der Senats- und Bürgerausschisskommission zur Vorbereitung einer Änderung des Wahlgesetzes für die Wahlen zur Bürgerchaft vorgelegten Gesetz über Änderung des Wahlgesetzes für die Wahlen zur Bürgerchaft einverstanden. Der erste Bericht des Senats- und Bürgerausschisskommission zur Vorbereitung einer Änderung des Wahlgesetzes für die Wahlen zur Bürgerchaft hat folgenden Wortlaut: Nach Eintreten der Kommission in die Beratung ergab sich alsbald, daß über den Gegenstand, der in dem von der Bürgerlichkeit mit genehmigtem Antrag des Senats auf Niederschlagung der Kommission als deren eigenliche Ausgabe bezeichnet ist, nämlich über die Aufhebung der bei den allgemeinen Wahlen zur Bürgerlichkeit bestehenden Gruppeneinteilung, einstimmig entschieden ist. Der zweite Bericht des Senats zur Bürgerlichkeit einverstanden. Der erste Bericht des Senats- und Bürgerausschisskommission zur Vorbereitung einer Änderung des Wahlgesetzes für die Wahlen zur Bürgerlichkeit hat folgenden Wortlaut: Nach Eintreten der Kommission in die Beratung ergab sich alsbald, daß über den Gegenstand, der in dem von der Bürgerlichkeit mit genehmigtem Antrag des Senats auf Niederschlagung der Kommission als deren eigenliche Ausgabe bezeichnet ist, nämlich über die Aufhebung der bei den allgemeinen Wahlen zur Bürgerlichkeit bestehenden Gruppeneinteilung, einstimmig entschieden ist. Der zweite Bericht des Senats zur Bürgerlichkeit einverstanden. Der erste Bericht des Senats- und Bürgerausschisskommission zur Vorbereitung einer Änderung des Wahlgesetzes für die Wahlen zur Bürgerlichkeit hat folgenden Wortlaut: Nach Eintreten der Kommission in die Beratung ergab sich alsbald, daß über den Gegenstand, der in dem von der Bürgerlichkeit mit genehmigtem Antrag des Senats auf Niederschlagung der Kommission als deren eigenliche Ausgabe bezeichnet ist, nämlich über die Aufhebung der bei den allgemeinen Wahlen zur Bürgerlichkeit bestehenden Gruppeneinteilung, einstimmig entschieden ist. Der zweite Bericht des Senats zur Bürgerlichkeit einverstanden. Der erste Bericht des Senats- und Bürgerausschisskommission zur Vorbereitung einer Änderung des Wahlgesetzes für die Wahlen zur Bürgerlichkeit hat folgenden Wortlaut: Nach Eintreten der Kommission in die Beratung ergab sich alsbald, daß über den Gegenstand, der in dem von der Bürgerlichkeit mit genehmigtem Antrag des Senats auf Niederschlagung der Kommission als deren eigenliche Ausgabe bezeichnet ist, nämlich über die Aufhebung der bei den allgemeinen Wahlen zur Bürgerlichkeit bestehenden Gruppeneinteilung, einstimmig entschieden ist. Der zweite Bericht des Senats zur Bürgerlichkeit einverstanden. Der erste Bericht des Senats- und Bürgerausschisskommission zur Vorbereitung einer Änderung des Wahlgesetzes für die Wahlen zur Bürgerlichkeit hat folgenden Wortlaut: Nach Eintreten der Kommission in die Beratung ergab sich alsbald, daß über den Gegenstand, der in dem von der Bürgerlichkeit mit genehmigtem Antrag des Senats auf Niederschlagung der Kommission als deren eigenliche Ausgabe bezeichnet ist, nämlich über die Aufhebung der bei den allgemeinen Wahlen zur Bürgerlichkeit bestehenden Gruppeneinteilung, einstimmig entschieden ist. Der zweite Bericht des Senats zur Bürgerlichkeit einverstanden. Der erste Bericht des Senats- und Bürgerausschisskommission zur Vorbereitung einer Änderung des Wahlgesetzes für die Wahlen zur Bürgerlichkeit hat folgenden Wortlaut: Nach Eintreten der Kommission in die Beratung ergab sich alsbald, daß über den Gegenstand, der in dem von der Bürgerlichkeit mit genehmigtem Antrag des Senats auf Niederschlagung der Kommission als deren eigenliche Ausgabe bezeichnet ist, nämlich über die Aufhebung der bei den allgemeinen Wahlen zur Bürgerlichkeit bestehenden Gruppeneinteilung, einstimmig entschieden ist. Der zweite Bericht des Sen

Abänderungsantrages vorgezogen haben würden, die Bedenken gegen eine gesonderte Behandlung und Verabschiedung der Aufhebung der Gruppeneinteilung zuwidersetzen werden. Dieses erschien um so unbedenklicher, als alle Kommissionsmitglieder überzeugt waren, daß in einer Zeit, in der die Feinde versucht haben, auf die inneren Verhältnisse des Deutschen Reiches Einfluß zu gewinnen, in der Hoffnung, aus einer Uneinigkeit des deutschen Volkes Nutzen für den Ausgang des Krieges zu ziehen, Senat und Bürgerschaft gern die Gelegenheit ergreifen werden, durch möglichst einmütige Annahme eines auf dem Vertrauen in die Geschäftsfähigkeit der hamburgischen Bevölkerung aufgebauten Gesetzesentwurfs auch Sicherheit davon Zeugnis abzulegen, daß alle Versuche, die Einmütigkeit der Bevölkerung zu stören, diese nur um so fester zusammenhielten können. Eine Aufhebung der Gruppeneinteilung läßt sich ohne weiteres auf dem Wege erreichen, das alle auf die Gruppeneinteilung bezüglichen Vorschriften des Gesetzes gestrichen werden. Eine neue Fassung des ganzen Gesetzes bleibt zweckmäßig bis zur Erledigung der weitergegebenen Anregungen vorbehalten. — Mit der Bevestigung der Gruppeneinteilung ist das gleiche Wahlrecht noch lange nicht herbeigeführt, sondern erst ein kleiner Schritt nach vorwärts gemacht worden.

Heimat. Blutiger Kampf mit Wilderern. Im benachbarten Hohenhorn, stieß der Förster Juchs in seinem Revier, das er des Abends noch einmal durchging, auf drei Wilderer, die sofort, als sie seiner ansichtig wurden, auf den Beamten schossen und ihn verwundeten. Die Wilderer entflohen. Ein Schüler, der den einen der Wilderer durch das Dorf verfolgte, erhielt ebenfalls einen Schuß, der ihn schwer verletzte. Obgleich die Wilderer entflohen, durften sie doch ermittelt werden, da auch zwei von ihnen durch Schüsse des Försters getroffen wurden.

Hadersleben. Durch Blitzschlag eingekästert wurde das Gewebe des Böttchermeisters Jenzen in Borsig. — In Nordburg brannte der Hof des Hofbeamten Christian Jenzen bis auf den Grund nieder. Ein Teil des Viehbestandes fand den Tod in den Flammen.

Schwerin. Ein Parlamentsitz zu kaufen. In der "Deutschen Tageszeitung" steht inseriert: Seltener Gelegenheitsfund. Bis zu 4000 Morgen großes adeliges Rittergut in Mecklenburg, Sitz und Stimme im Landtag, Bahnhofstation direkt am Gut, mit lauter, erstaunlicher Wiesen und Weiden, ca. 1300 Morgen Waldbestand, reichhaltiger Viehbestand, bedeutende, ganz besonders hohe Erträge abwerrende landwirtschaftliche Industrie am Gute. Dieses eine hohen Reingewinn abwerrende Objekt soll für den Preis von 220000 Mark veräußert werden. Auskunftsverteilung nur an Selbstläufer, nicht an Vermittler. Specht, Anders u. Co., Hamburg, Neuerwall 54. — Ist das nicht eine glänzende Gelegenheit, "Vollsvertreter" zu werden? Wer beim Kriegswinter einige Millionen verdient hat, ohne mit den Gerichten in allzu schräge Berührung zu kommen, dessen Ehrengiz kann hier durch einen faustischen Landtagszuhörer bestreitigt werden. Und die Mecklenburger sagen "Wuh" dazu!

Hagenow. Tödlicher Unglücksfall. Der Schrankenwärter Meier aus Pätor bei Toden war mit seiner Frau beim

Aufladen von Heu beschäftigt. Beim Anziehen der Peude fiel die Frau vom Wagen, ohne sich zu verletzen. Nach abnormalen Befestigen des Wagens fiel sie nochmals herunter, brach sich das Genick und war auf der Stelle tot.

Olsenburg. Ziemlich stark gestorben hat es in den letzten Nächten der vorigen Woche in der Gegend von Broke, Strüchhausen. Doch haben die Früchte unter den Nachfristen nicht gelitten.

Theater und Musik.

Stadttheater. "Die Puppe", Operette in 3 Akten von Audran. Diese Operette gehört zu den besten ihrer Art. Ihre Musik ist im Stile der feinkomischen Oper geschrieben, sie zeigt von Geschmack und Erfindungsgabe und bringt einen Strauss wirklich hübscher Melodien, an denen man in dieser Zeit den "Schlager" seine besondere Freude haben wird. Auch die Handlung ist ganz unterhaltsam; sie hält sich frei von den üblichen Operettenalbernen und Sentimentalitäten und erinnert an die "Olympia"-Szene aus "Hoffmanns Erzählungen", nur daß im Gegensatz zu dort Lanzelot glaubt eine Puppe zu heiraten, während sich die Puppe zuletzt als ein wirkliches Mädchen entpuppt. Eine recht gute Wiedergabe verhalf am Sonnabend "Der Puppe" zu einem schönen und verdienten Erfolg. Ziel Bradstiel erzielte in der Titelpartie durch sympathische Stimmmittel und gleichmäßigen Gesang, sowie durch ihr liebenswürdiges Spiel, das natürliche Anmut mit drolligen automatenhaften Bewegungen, je nach der Situation, zu verbinden wußte. Den Schüchternen Lanzelot gab Herr Nickel frei von Schertreibung in sehr witzungsvoller Weise. Vom Komponisten reich bedacht ist der Vorfahr der Brüdergemeinde Maximus, den Herr Schumann mit sonorem, wohlklängendem Organ frischlich sang. Als Hilarius war Herr Schweiguth sehr belustigend. Zwei verliebte Lebewesen wurden von den Herren Paul und Harold famos wiedergegeben. In kleineren Rollen boten die Damen Treble, Elster und Höfer auerwunderswerte Leistungen. Da auch die Chöre Freude an der Sage hatten, so kam eine tüchtige, von Herrn Schweiguth geschickt inszenierte und von Herrn Kapellmeister Moritz lebendig geleitete Vorstellung heraus, die starken Beifall fand.

P. L.
Trotz eigentlicher nur noch auf die formale Seite der Frage. Wirklichkeit ist man sich über eine gemeinsame Entwicklung, die sich sowohl auf die Friedens- und die innenpolitische Neuordnung bezieht, einig. Die Dinge sind in dieser Hinsicht schon zu weit gediehen, als daß sie noch ernstlich gefährdet werden könnten. Die redaktionelle Festlegung der "Einführungsförderung" dürfte am heutigen Tage erfolgen und morgen von den Mehrheitsparteien im Plenum des Reichstages eingeschlagen werden. Überraschungen wird sie nach allem, was verlautet, in der Friedensfrage kaum mehr bringen. Es wird wohl nur gezeigt werden, daß Deutschland lediglich einen Vertrag führt. ("Berl. Tageblatt")

Berlin. 9. Juli. Der "Vorwärts" berichtet: Die Presse ist voll von Vermutungen über den Stand und den vermutlichen Ausgang der gegenwärtigen Krise. Von einer Seite wird behauptet, daß es dem Reichskanzler durch seinen Vortrag beim Kaiser gelungen sei, seine Stellung von neuem zu bestätigen. Von anderer Seite werden schon die Namen seiner voraussichtlichen Nachfolger folspontiert, wie Graf von Hertling, Fürst Bismarck, Graf Roedern und andere.

Verantwortlich für die Rubrik "Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Dr. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gefeierte Nummern des „Vollsbosen“

bitten wir nicht wegzuerufen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Neueste Nachrichten.

Berlin. 8. Juli. (Amlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 23 000 Boot-Registernummern vernichtet.

Unter den versunkenen Schiffen befanden sich 6 Dampfer, die in Geleitzügen fuhren. 4 von ihnen wurden aus demselben Geleitzug herausgeschossen.

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftl. Versicherungsgesellschaft.

Sitzung

der Gewerkschaftsvorstände, Kartelldelegierten, Ausschus-

rats- und Genossenschaftsratsmitglieder des Konsum-

vereins für Lübeck und Umgegend, sowie der

Vertrauensleute der "Volksfürsorge" am Dienstag, 10. Juli, abends 8½ Uhr präz. im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

Die Volksfürsorge im Kriege.

Referent: Otto Diedrich, Hamburg

Institutor der Volksfürsorge.

Um möglichst volzhügeliges Erscheinen erachtet

1721 Die Verwaltungskommission.

Zum baldigen Antritte suchen wir

1725

Zum baldigen Antritte suchen wir

1726

Zum baldigen Antritte suchen wir

1727

Zum baldigen Antritte suchen wir

1728

Zum baldigen Antritte suchen wir

1729

Zum baldigen Antritte suchen wir

1730

Zum baldigen Antritte suchen wir

1731

Zum baldigen Antritte suchen wir

1732

Zum baldigen Antritte suchen wir

1733

Zum baldigen Antritte suchen wir

1734

Zum baldigen Antritte suchen wir

1735

Zum baldigen Antritte suchen wir

1736

Zum baldigen Antritte suchen wir

1737

Zum baldigen Antritte suchen wir

1738

Zum baldigen Antritte suchen wir

1739

Zum baldigen Antritte suchen wir

1740

Zum baldigen Antritte suchen wir

1741

Zum baldigen Antritte suchen wir

1742

Zum baldigen Antritte suchen wir

1743

Zum baldigen Antritte suchen wir

1744

Zum baldigen Antritte suchen wir

1745

Zum baldigen Antritte suchen wir

1746

Zum baldigen Antritte suchen wir

1747

Zum baldigen Antritte suchen wir

1748

Zum baldigen Antritte suchen wir

1749

Zum baldigen Antritte suchen wir

1750

Zum baldigen Antritte suchen wir

1751

Zum baldigen Antritte suchen wir

1752

Zum baldigen Antritte suchen wir

1753

Zum baldigen Antritte suchen wir

1754

Zum baldigen Antritte suchen wir

1755

Zum baldigen Antritte suchen wir

1756

Zum baldigen Antritte suchen wir

1757

Zum baldigen Antritte suchen wir

1758

Zum baldigen Antritte suchen wir

1759

Zum baldigen Antritte suchen wir

1760

Zum baldigen Antritte suchen wir

1761

Zum baldigen Antritte suchen wir

1762

Zum baldigen Antritte suchen wir

1763

Zum baldigen Antritte suchen wir

1764

Zum baldigen Antritte suchen wir

1765

Zum baldigen Antritte suchen wir

1766

Zum baldigen Antritte suchen wir

1767

Zum baldigen Antritte suchen wir

1768

Zum baldigen Antritte suchen wir

1769

Zum baldigen Antritte suchen wir

1770

Zum baldigen Antritte suchen wir

1771

Zum baldigen Antritte suchen wir

1772

Zum baldigen Antritte suchen wir

1773

Zum baldigen Antritte suchen wir

1774

Zum baldigen Antritte suchen wir

1775

Zum baldigen Antritte suchen wir

1776

Zum baldigen Antritte suchen wir

1777

Zum baldigen Antritte suchen wir

1778

Zum baldigen Antritte suchen wir

1779</

Eine vernichtende Kritik der Unabhängigen.

In der „Internationalen Rundschau“ in Zürich, einem Blatte, das lediglich der Friedensarbeit dient, hat Herr Eduard Bernstein die Gedanken auseinandergezogen, von denen sich die Unabhängigen in Stockholm leiten lassen wollten und haben leiten lassen. Ohne Annexionen — gewiß! Aber Deutschlands und Österreichs Grenzgebiete — nur diese, nicht etwa auch Ägypten und Irland — sollten durch Volksabstimmung entscheiden, ob sie weiter bei den Mittelmächten bleiben wollen. Ohne Kriegsentschädigung — gewiß! Aber wo ein Land durch die Art des in ihm hineingetragenen Krieges besonders geschädigt sei, müsse es entschädigt werden; das sollte bei Bernstein natürlich heißen, daß Deutschland die 40 Milliarden zahlen soll, die zum Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich mindestens notwendig sind. Und dann wollte er in Stockholm beforschen eine gründliche Auseinandersetzung über die Frage der Kriegsschuld, um die besondere Verantwortung der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung für den Ausbruch des Krieges festzustellen.

Die schweizerische Friedenszeitschrift muß diese nationalenglisches Quertreibereien gegen den Frieden durch den „deutschen“ Unabhängigen Bernstein entkräften zurückweisen. Im Leitartikel des Blattes tut es ein russischer Friedensfreund, der vor allem darauf aufmerksam macht, daß öffentliche Hahnenkämpfe der Angehörigen verschiedener Nationen über die Schuldfrage niemals zur Versöhnung führen können — im Schlüttartikel nimmt der österreichische Internationalist Ludo M. Hartmann eine gründliche Abrechnung mit der Bernsteinerei vor.

Er geht davon aus, daß das Einigende hervorgehoben werden muß, wenn das Friedenswerk gelingen soll. Dazu müßten „alle Streitpunkte, die nicht streng zur Sache gehören, von vornherein ausgeschieden, insbesondere die inneren Parteizwistigkeiten beiseite gelassen werden. Wer je vorgeht, zeigt seinen guten Willen für das Friedenswerk und alle die guten Wills sind, müssen zur Arbeit zugelassen werden.“

Wer den Grundsatz des Friedens ohne Erbauerungen anerkennt, müßt unbedingt von dem Besitzstand des 1. August 1914 ausgehen. Gewiß seien, wie Bernstein sagt, die imperialistischen Machtinteressen kein Wegweiser für die sozialistische Konferenz, aber die tatsächlichen Machtverhältnisse gäben gleichwohl den Rahmen ihres Wirkens ab, wenn sie an den Frieden nicht bloß eine platonische Liebeserklärung erlassen, sondern ihn tatsächlich fördern wolle.

Wer auf der Forderung nach Besitzverschiebung beharrte, wie Bernstein, verlängere den Krieg und beschwore die Gefahr heraus, daß er schließlich im tatsächlichen Ergebnis zu Annexionen führe, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ins Gesicht schlagen.

Eine Entschädigung muß Bernstein zahlen lassen nach der Art des in ein Land hineingetragenen Krieges. Er werde dabei wohl an Belgien denken, aber könne er Sicherheit dafür leisten, daß Deutschland nicht Entschädigung für die Art der englischen Kriegsführung, nämlich die Hunger-Blockade, fordere?

Unbegreiflich nennt Ludo M. Hartmann Bernsteins Art der Behandlung der Schuldfrage. Es soll ein Rechengericht über den abgehalten werden, der die ganz besondere Verantwortung trägt, das Feuer zum Ausbruch gebracht zu haben. Aber in einem solchen Gerichtshof wäre jeder Richter Partei oder besangen und die Prozeßhaften lägen noch längst nicht vollständig vor. „Die Debatte über die Schuldfrage auf der Konferenz“, sagt Ludo M. Hartmann, „wäre nur eine Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln. Sie würde nicht zum Frieden führen, sondern die heillosen Spaltungen der Menschheit vertiefen und anerkennen. Gemeinsame Arbeit zu gemeinsamen Zwecken einigt, Vorwürfe und Geschehene entzweien. Die Sozialdemokratie sollte vorwärts, nicht rückwärts blicken. Nur durch den Ausblick auf ihr hohes Ziel

gesärtzt, kann sie siegen und den Frieden bringen der gequälten Menschheit.“

Dies ist der einzige vernünftige Standpunkt. Die deutsche Sozialdemokratie erörtert die Schuldfrage nur insofern, als unbedingt nötig ist, um den Sozialisten in den Entente-Staaten zu beweisen, daß diese Schuldfrage nicht so einfach liegt und daß sie jedenfalls keinerlei Grundlage geben darf, den Krieg weiter zu verlängern. Die Unabhängigen hingen suchen an dem lodernden Weltbrand ihr Partei-Süppchen zu kochen. Darum wird ihnen auch diese Friedenszeitung vergeblich ins Gewissen reden, wenn sie feststellt, daß die ganze Stockholm-Konferenz nur ein bisschen Rechengericht sein würde, wenn die Sozialisten sich nicht entscheiden könnten, ihre inneren Streitigkeiten beiseite zu lassen und wenn sie sich gegenseitig beschuldigen, statt nützliche Arbeit für den Frieden zu tun, also der Welt Steine statt Brot geben; wer nach Stockholm geht, muß die Partei-Streitigkeiten zu Hause lassen, um seine Aufgabe würdig zu erfüllen.“

Steine statt Brot — das ist das einzige richtige Urteil über die Stockholmer Arbeit der Unabhängigen. Sie war damit freilich nicht würdig des Sozialismus und der Nationalsozialistischen Regierung für den Ausbruch des Krieges festzustellen.

Breuzen die staatsbürglerliche Gleichberechtigung bereits besteht, denn jeder Preußische das Wahlrecht. — Abg. Schiffer (ul.) verlangt eine klare Entscheidung, wünscht aber nicht, daß das Reich in die Verhältnisse Preußens eingreife. — Abg. Landsberg (Soz.) stellt noch einmal fest, daß das Reich das Recht habe, in die Verfassungen der Einzelstaaten einzutreten. Der Reichskanzler hat sogar die Pflicht, die einstaatliche Wahlrechtsfrage zu lösen. Für den Fall der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages werde er für die Resolution Müller-Meinungen stimmen. Die Nationalliberalen hätten durch ihr Schmieden zu erkennen gegeben, daß sie sich die Auslegung des Begriffs „staatsbürglerliche Gleichberechtigung“ mit Übertragung des Reichswahlrechts zu eignen machen. — Ministerialdirektor Lewald weist darauf hin, daß die Osterbotshälfte nicht nur Preußen, sondern das ganze deutsche Volk berühre. Deshalb habe der Reichstag das Recht, zu dieser Osterbotschaft Stellung zu nehmen. Redner stellt aber ausdrücklich fest, daß die Osterbotschaft in der Frage des gleichen Wahlrechts die volle Entscheidungsfreiheit vorbehalten habe. — Abg. Kreich wiederholt die Behauptung, daß in Preußen die staatsbürglerliche Gleichberechtigung in der Verfassung festgelegt sei, also nicht er geordnet werden brauche. — Abg. Herold (3.) erklärt für seine Partei die Zustimmung zu der Resolution Müller-Meinungen. — Abg. Wurm (W. Soz.) findet, daß durch die Erklärung des Ministerialdirektors die Illusion zerstört worden sei, als ob die Osterbotschaft das gleiche Wahlrecht verhindert habe. Das einzige Mittel, zu einem vernünftigen Wahlrecht in den Bundesstaaten zu kommen, sei der Druck der Volksmassen. — Ministerialdirektor Lewald betont demgegenüber, daß die Osterbotschaft das gleiche Wahlrecht nicht ablehne. — Abg. Schiffer (nul.) bemerkt, daß aus dem Schweigen der Nationalliberalen nicht geschlossen werden dürfe, daß sie mit der Auslegung einverstanden seien; die Abg. Müller-Meinungen seiner Resolution gegeben habe. Abg. Hofmann (Kaiserslautern) poltert scharf gegen den Ministerialdirektor; deren Ausschreibungen hätten die Auffassung bestätigt, als ob die Osterbotschaft das gleiche Wahlrecht versprochen hätte. Die Regierung wäre offenbar selber nicht, was sie wolle. Das sei besonders kennzeichnend in der gegenwärtigen, überaus schwierigen Situation. Die Haltung der Regierung unter solchen Umständen sei geradezu ein Standart. Aus der Erklärung Schiffers ergibt sich, daß die Nationalliberalen tatsächlich für ein Pluralwahlrecht zu haben scheinen. Bei dieser Auslegung der Resolution Müller-Meinungen könnte er nicht dafür eintreten. — Abg. Fehrenbach (3.) bekämpft die konserватiven Resolutionen, verteidigt aber die Ansicht, daß die Regelung des Wahlrechts Sache der Einzelstaaten bleibe müssen. — Abg. Juhn (nul.) sagt den Erklärungen Schiffers noch hinzu, daß die Nationalliberalen nichts wissen von einer Differenzierung des Wahlrechts nach Reich, Vermögen und Steuerleistung. Dagegen könne man denken an eine Differenzierung nach Alter, Kinderzahl und Erfüllung der Wehrpflicht. Er persönlich sei für das gleiche Wahlrecht in Preußen. — Abg. Landsberg stellt dazu fest, daß nach Ansicht der Nationalliberalen die Resolution die Möglichkeit der Einführung eines nicht gleichen Wahlrechts offen lasse. Er beantragt deshalb, in der Resolution Müller-Meinungen ausdrücklich zu sagen, daß das Reichstagswahlrecht in den Bundesstaaten eingeführt werden müsse. — Abg. Müller-Meinungen stimmt dieser Abänderung seiner Resolution zu. — Abg. Schiffer ist gegen diese Abänderung, woraus man aber nicht schließen solle, daß er ein Gegner des gleichen Wahlrechts sei. — Abg. Wurm kann sich ebenfalls nicht für den Antrag Landsberg begeistern. Der Reichstag müsse von seinem Recht Gebrauch machen, ein Wahlrecht für die Einzelstaaten zu schaffen. — Abg. Becker-Warsberg (3.) hält daran fest, daß das Reich den Einzelstaaten kein Wahlrecht aufzwingen dürfe. Für die sozialdemokratische Forderung auf Erweiterung des Wahlrechts auf 20 Jahre und für das Frauenwahlrecht sei seine Partei nicht zu haben. Auch dem Abänderungsantrag Landsberg werde das Zentrum nicht zustimmen. — Damit war die Debatte erschöpft.

Die Wahlrechtsfragen im Verfassungsausschluß.

Die Verhandlungen waren am Mittwoch soweit abgeschlossen, daß am Freitag zur Abstimmung über die Resolution Müller-Meinungen geschritten werden sollte. Bei Beginn der Sitzung liegen jedoch zwei Anträge vor, eine von den Konservativen, der andere von der Deutschen Fraktion. Der Kommission blieb weiter nichts übrig, als die Diskussion noch einmal zu eröffnen. Die beiden Anträge haben folgenden Wortlaut:

1. Antrag der Konservativen:

Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu richten:

Angesichts der gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege bekennt sich der Reichstag zu den an den Reichskanzler und den preußischen Ministerpräsidenten gerichteten Osterbotschaft des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen.

Die Durchführung der darin angekündigten Änderungen des Wahlrechts ist nach der Reichsverfassung ausschließlich die Aufgabe der Einzelstaaten.

Wie alle Schichten des Volkes in plötzlich bewusster Aufopferung an der glücklichen Durchführung des gewaltigen Krieges mitwirken werden, auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei Ausgang des Krieges und nach dem Kriege zu erfüllen sind, der hingebungsvollen und frudigen Mitarbeit des ganzen Volkes bedürfen. Auf der Grundlage der in den Verfassungen verbrieten vollem staatsbürglerlichen Gleichberechtigung werden in Staat und Reich mächtvolle neue Kräfte für den Aufbau des deutschen Lebens zur Entfaltung gebracht werden.

2. Antrag der Deutschen Fraktion:

Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu richten:

Freudig hat der Reichstag die an den Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten gerichteten Osterbotschaft des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen begrüßt.

Das ganze Volk hat für die glückliche Führung des Krieges unzählige Opfer gebracht, gewaltige Aufgaben harren seiner in der Zukunft. Ihre Lösung bedarf der freudigen und hingebungsvollen Mitarbeit aller Teile des deutschen Volkes. Herausstellung hierfür ist, daß in allen Bundesstaaten die Ordnung des Staatswesens, insbesondere auch des Wahlrechts, freiheitlich und auf der Grundlage vollen gegenseitigen Vertrauens baldmöglichst durchgeführt werde.

Die Gestaltung dieser Neuregelung in den Bundesstaaten bleibt deren verfassungsmäßigen Zuständigkeiten vorbehalten.

Abg. Graf Wetzlar erklärt in der Begründung der konservativen Resolution, daß die Osterbotschaft das gleiche Wahlrecht nicht in Aussicht stelle, und daß die Konservativen dem gleichen Wahlrecht für Preußen niemals zutun werden. Sie halten ferner daran fest, daß Reformen erst nach dem Kriege eingeleitet werden dürfen. — Abg. Martin (Dt. Fr.) behauptet, daß in

Gestalt . . . „Sie ist wiedergekommen“, führt es mir durch den Kopf, und ich ille in größter Freude auf sie zu und berührte sie leise an der Schulter.

„Schau, daß du weiterkommen, dummes Frauengimmer!“, sagte eine böse Stimme und irgendwie fremdes Mädchen froh noch tiefer unter ihre Decke. . . Am Montag morgen ging ich zu Miss Gibbs und bat sie, mich wieder einzuführen, aber ich war als „unzuverlässig“ vermerkt worden und deshalb von der Liste gestrichen.

Ich begann also neuerdings im Anzeigenteil der Zeitungen nach Arbeit zu suchen.

„Zusammenlegerinnen gesucht. Meldungen beim Vorarbeiter“ stand da. Ich hatte keine Ahnung, was eine „Zusammenlegerin“ war, beißlich aber dumm, mich um die Arbeit zu bemühen.

Nach einem langen Weg durch die Stadt kam ich endlich an ein großes, häßliches Gebäude, über dessen ganze Front ein Riesenbild mit der Aufschrift „Maschinenwäscherei“ lag. Im Hof standen lange Reihen von Wagen mit hämmerigen Wäsché, die einer nach dem andern bei einer Tür vorfuhr, wo sie dann entleert wurden. Ich zwängte mich zwischen Käfigern, Wäschekörben, Pferden und Wagen bis zum „Eingang für Arbeiter“ durch, wo auf der Treppe bereits eine Menge anderer Mädchen wartete, die ebenfalls Arbeit suchten. Wir kamen in einen riesigen Arbeitsaal, eine riesige Waschhalle eigentlich, die ganz mit heißem Dampf gefüllt war. Der Vorarbeiter, bei dem wir uns zu melden hatten, machte kurzen Prozeß. Vor mir standen noch zweizwanzig andere Bewerberinnen und er redete sie alle mit „Sally“ an, was sonst jedoch in seinem Benehmen verhältnismäßig kalt und geblödigt war. Endlich kam auch ich an die Reihe.

„Also, holst, Sally, hast du schon früher zusammengelegt?“ „Nein.“ „Hast du auch in keiner Wäscherei gearbeitet?“ „Nein, aber ich bin jetzt und arbeite mich bald ein.“ „Wo hast du zuletzt gearbeitet?“ „In einer Etuierfabrik.“

„Well, also sagen wir dreieinhalf in der Woche; wenn du dich geblödet anstellst, können es später vielleicht vier werden! Und nun geh mal da hinüber zu den anderen“, sagte er und zeigte zu der gegenüberliegenden Wand hinüber, wo die anderen zwanzigzwanzig großen Körben mit hämmerigen Wäsché und Kleidungsstücke hockten. In diesen Körben lag alles nur chaotisch auf Lumpen bunten durchmischten Gewürz, Baumwollkleider neben zerklisssten Seidenhänden, verschossene Klamotten. Seite an Seite, mit weißen Hemdblusen und auf einem dieser Körbe saß ein Mädchen mit einer völlig verwelten, schwarzen Rose im Haar, die von hellblauen Seidenblättern gehalten wurde — ein merkwürdiger Organza zu der ganzen Umgebung. (Fortsetzung folgt.)

Es faust das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeitervorleben.
Von Dorothy Richardson.
Einzig berechtigte Übersetzung von Werner Peter Larsen.

27. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Weißt du denn überhaupt genau, wo sie eigentlich wohnt?“ fragte Unice.

„Ich sah sie ganz erschreckt an; ich wußte noch nicht einmal die Straße, nur daß es irgendwo im Osten war, wußte ich; wir hatten nie darüber gesprochen, wie es eben in der großen Amerik der Arbeiter ist; der eine weiß von dem andern nicht einmal, wo er herkommt, und wo er hingeht.“

Ich hoffte, daß ich Bessie Adressen bei Rosenfeld werde erfahren können, entnahm mich dann aber, daß Miss Higgins jetzt Ferien hatte, und die andern noch weniger von Bessie wußten, als ich selbst. Unice riet deshalb, das Adressbuch nachzuschlagen, dort aber fanden wir nicht weniger als vierzig Leute, die den gleichen Namen wie Bessie führten. Schließlich erinnerte ich mich dunque, daß Bessie einmal erwähnt hatte, ihr Vater sei Schneider, und das brachte uns auf die Spur. Wie schrieben uns mehrere Adressen auf, die in Frage kommen könnten, und wir ließen fünf Stunden lang kreuz und quer, treppauf und treppab, bis wir endlich doch an die richtige Adresse kamen. Eine blonde Frau öffnete uns die Tür, als wir jedoch nach Bessie fragten, begann sie zu weinen und zeigte auf eine an die Tür geheftete Aufschrift:

„Apostolische Kirche! Besuche dürfen nicht angenommen werden.“

Hier ihrer Kinder hätten Diphtheritis bekommen, drei davon lagen todkrank daheim, Bessie aber hätte der Arzt in das Hospital schaffen lassen. Wir ließen, so schnell wir konnten, dorthin, aber das Tor war bereits geschlossen, und da wir weder Verwandte waren, noch sonst irgendeinen Ausweis hatten, so mußten wir uns bis zur Belegszeit am nächsten Tage gedulden.

„Und bis dahin ist sie dann tot“, sagte Unice bitter, während wir langsam heimtröhnten. Und richtig: als wir am nächsten Tage kamen, war sie tot; sie war in den frühen Morgenstunden gestorben und hatte, wie uns der junge Arzt erzählte, von Stiefmutterchen phantasiert und von Rosenfeld, und von einem Garten voller Frühlingswind und Blumen und Sonne. . .

„Sie hat es besser, als wir bei Wolff“, sagte Unice, während wir wieder auf die Straße traten und rasch dem düsteren, häßlichen Backsteinbau den Rücken kehrten, der so viele Armeleute elend hinter seinen Mauern barg.

Auf dem Heimweg blieb Unice vor dem Schauspieler eines Blumengeschäfts stehen und betrachtete lange und sehnsüchtig einen markanten Strauß meiste Lilien. Seine von

uns sprach ein Wort; als wir jedoch vor dem Heim angelangten waren, griff Unice plötzlich in dunkler Angst nach meiner Hand.

„Wir steigen die wenigen Stufen zur Haustür hinauf, und ich Klingele. Unice preßte meine Hand fester und fester.“

„Leb wohl, es geht nicht mehr“, flüsterte sie plötzlich und ließ meine Hand fahren, während drinnen die Alte bereits den Schlüssel ins Schloß steckte. Und noch ehe ich etwas erwidern und sie zurückhalten konnte, war sie im Dunkel der Nacht verschwunden.

„Und wo ist die andere?“ fragte die Geschlechterin.

„Ich weiß es nicht . . .“ antwortete ich, und ich habe auch bis auf den heutigen Tag nicht zu erfahren vermocht, ob sie überhaupt noch unter den Lebenden weilt; seit jener Nachtmunde vor dem Hause ist sie aus meinem Gesichtskreise verschwunden, als habe der Erdboden sie verschluckt.

Hat sie wirklich in jener Unimacht den Tod im Hudson gesucht, oder ist sie auch unter das unbarmherzige Rad geraten, das alljährlich über Hunderttausende von Mädelnleibern hinwegrollt?

Ich weiß es nicht. Und ich glaube auch nicht, daß ich es je erfahren werde, denn nur in Romanen wird immer alles zum Schluss noch schön aufgelöst; dies aber ist kein Roman, sondern eine Geschichte aus der Wirklichkeit.

15.

Am Montag wurde Bessie auf dem großen, häßlichen israelischen Friedhof von Long Island beerdigt. Ich ging nicht zu ihrem Begräbnis, und ich ging auch nicht zur Arbeit, sondern jagte den ganzen Tag vergeblich nach Unice. Auch die folgenden drei Tage suchte ich sie noch nach Arbeitschluß von fünf bis zehn Uhr abends mühte ich mich im Heim hin. Dann aber hielt ich es bei Wolff nicht länger aus, wo mich alles an die zwei erinnerte, die nun spurlos verschwunden waren; ihre Schürzen lagen noch zusammengefaltet am gleichen Platz, als seien sie gerade soeben von der Arbeit ausgegangen, und auf Bessies Platz stand noch der Name auf der Tischaufsteller, den sie mit ihrer Kinderhandschrift hingetragen hatte. Nun lagen schon wieder zwei neue Arbeiterinnen auf den leeren Plätzen, auch zwei Fräulein, die den ganzen Tag über von ihren Liebsten und von Ausflügen plauderten und so froh und glücklich waren, daß ich immer noch trauriger wurde. Ich bat um meine Abrechnung, packte meine und die Schürzen der beiden anderen zusammen und ging.

Ich war im Begriff von fünf Dollar und hatte deshalb die Abrechnung den Rest der Woche nach Unice zu zahlen; am Montag hoffte ich dann wieder bei Wolff weiter arbeiten zu können.

Als ich am Sonntag abend müde heimkam, ohne eine Spur von Unice entweder zu haben, sah ich in ihrem Bett eine zarte

Wohleheit habe, daß England in zwei Monaten, also im Juli August vor der Hungerfrage stehen werde, ja heißt das nicht, England könne man jemals vollkommen absperren. Das sei nicht möglich. Aber der Weltkrieg werde ermöglichen, daß die Not England in nicht allzuferner Zeit zu Friedensverhandlungen zwingen wird. Zwar werde es schwierig, uns durch ein Friedensangebot zu überreden, und sein erstes Angebot werde demütigend und unmöglich annehmbar sein; dann aber sei der Augenblick gekommen, wo Deutschland, entgegen der Forderung Scheidemanns, erst recht hart bleiben müsse, wo das Gesetz eingesetzt werden müsse, um noch für eine Zeit (1) auszuhalten. — Herr von Heydebrand wußte sich in einem Schlußwort in ähnlicher Weise. Auch erklärte er, die Konservativen seien bereit, an der inneren Neuordnung mitzuarbeiten.

Die konservativen Alldentischen Propheten haben auger mit ihren Vorstellungen wie mit ihren Weissagungen kein Glück gehabt. Der nurpreußische Horizont ist eben zu eng, um die wirkliche Weltlage zu erfassen. Diese Methode, auf der sie beruht, fehlt. Was die Herrschäften, denen als reichen Leuten und Selbstversorger unter der Hut des preußischen Landrats das „Vorhaben“ leicht wird, eine „kurze Zeit“ nennen, heißt in Wirklichkeit Fortsetzung des Krieges auf unabsehbare Zeit. Dasselbe wird freilich nicht nur „das Letzte“, sondern auch das „Allerletzte“ eingesetzt werden müssen, nämlich die innerpreußische-junktive Weltaussöhnung und das besondere Regierungssystem, das auf ihr ruht. Auf ihr „ruht“ wie der Lavafiegel auf einem Balken.

Politische Rundschau.

Holland.

Die Kartoffelunruhen vor der Kammer. In Beantwortung der von den Abgeordneten Rutgers und van den Tempel eingebrochenen Interpellationen über die Kartoffelversorgung und die Unruhen in Amsterdam teilte Ackerbauminister Hothorn mit, daß für die Aussaat alter Kartoffeln keine guten Abmachungen bestanden und daß von den neuen Kartoffeln 25 Prozent nach dem Osten und insgeheben auch 25 Prozent nach dem Westen ausgesetzt werden müßten. Der Grund dafür sei die Kohlenversorgung. Seit März seien die Kohlen fast ausschließlich aus Deutschland gekommen und Holland könne sie nur durch gegenseitige Abgeständnisse im wirtschaftlichen Vertrag erhalten. Anfang Juni sei die Nachricht gekommen, daß Deutschland im Juni und Juli nicht in der Lage sein würde, die unabdingbare Menge von 350 000 Tonnen Kohlen zu liefern. Dadurch, daß Holland die Ausfuhr von Kartoffeln gestoppt habe, habe es im Juni bereits 356 000 Tonnen Kohlen verbraucht und könnte auch im Juli dieselbe Menge erwarten. Es seien vom 20. Juni bis 3. Juli 35 Millionen Kilogramm Kartoffeln ausgeführt worden, was auf 1½ Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung hinausläuft. Gestern Dienstag wird die Kartoffelversorgung wieder normal sein und der Preis sei selbst sinken.

Münner des Paniers, Curt van der Linden, erklärte, er könne noch keine Mitteilungen über die Unruhen in Amsterdam machen, da die Untersturzung noch nicht abgeschlossen sei. Es besteht verläßlich noch kein Grund zu einem Einsetzen bei Regierung. Der Bürgermeister von Amsterdam sei bisher imstande gewesen, die Lage zu beherrschten und die großen Massenproteste hätten die Grenze des absolut Notwendigen nicht überschritten.

China.

Der Kaiser von China dankt nach einer Reviermeldung wieder ab. Die Herrlichkeit war also nur von kurzer Dauer. Der frühere Premierminister Quonghui berichtet, daß die Missionäre am Freitag bei Peking angegriffen worden seien. Die Republikaner verfolgten den Feind und rückten 10 Meilen in die Richtung auf Peking vor. Der frühere Präsident Lijsching erkannte Quonghui zum Premierminister und übergab ihm das Siegel des Präsidenten zur Übermittlung an Langkowtchang, der die tatsächliche Präsidialhoheit antreten und eine voraussichtige Regierung in Peking gründen soll.

Ernährungsfragen.

Die ergänzte Fleischalage soll auch im Schaffen herabgesetzt werden, sobald genügend Kartoffeln am Markt sind.

Überflüssiges Vieh.

Als schon vor einigen Wochen das Organ der Deutschen Fleischindustriegeellschaft in einer Redaktionssatzung feststellt, daß geradezu überflüssiges Vieh abgelebt werden, sei es mit großer oder keiner Rücksicht; wir müssen zunächst unterscheiden. Das Vieh in einer Art verschwindet. Auf der einen Seite geschieht dies, indem es aus der Landwirtschaft verschwindet. Auf der anderen Seite verschwindet es aus der Industrie. Das Vieh, das aus der Landwirtschaft verschwindet, ist durchaus kein Übel, weil es zu jenem weiteren Leben also aus der einen Seite elende Ernährung des Menschen, aus der anderen aber unangenehme Übererhöhung. Das ist augenscheinlich eine jüdische Regierungserkenntnis, daß alle jüdischen Staaten zu die miserabile Karosseleere und karre Verfütterung von Getreide geschränkt waren. Das aufdringliche Ignoranzblatt weist diese Behauptung als unglaublich bezeichnet und beschafft völlig falsches Material. Über zu jenen Sachen steht ein langer Tage einer, der eines heutigen Vertrags, Dr. Schliebenbach, Direktor der Fleischindustriegeellschaft in Regensburg: „Sag mir, ob im Wirtschaftsjahr 1916/17 noch mehrcher Bauer zurücktrete verpflichtet wurde.“ Und weiter dieses unglaubliche jüdische Benehmen der Regierung in den späteren Besprechungen über Bevölkerungen, in denen man in der Regel Landwirtschaft, Fleischindustrie und Lebensmittel mit oft recht unterschiedlichen Sachen meint. Es wurde, nur um ein Beispiel zu nennen, jedoch von der jüdischen Regierung eine Rücksicht auf 2.5. wegen Bevölkerung von Fleischindustrie und Fleischvieh auf 300 000 Gebürtige verlangt. Das unter diesen Umständen auf höchste Auslastung der jüdischen Landwirtschaft nicht ausreichen kann, ist selbstverständlich. Aber die „Fleischindustrie“ der jüdischen Regierung kann kein, denn alle andere Industrie

Krautkinder.

Zur Zeit Versorgung der Nahrungsmittel in den Städten bestehen, beide ein Landstrich u. a. über 100 Städten, gut ausreichend, ausreichend und verfügt an einer Versorgungseinheit nach dem Gesetz. Der Landstrich erhält eine Versorgung eines entsprechenden Maßstabes für das Land nach Abzug der Kosten 2.5. des Lebensmittelbedarfes zahlen den Betriebsertrag, die das Landstrich, der Betriebsertrag über geht, dafür in Berlin auf 1.50 Mrd. Im vergangenen Jahrzehnt wurden hier die Kosten 2.5. auf 2.50 Mrd. gelegt. Ausgangs dieser Jahre wird es nicht mehr los, zu kommen, weil die Kosten

Aus der Partei.

Die Sozialdemokraten und der Reichskanzler. Die bürgerliche Presse bringt eine Notiz über eine Unterredung einer sozialdemokratischen Fraktionsvertretung mit dem Reichskanzler. Zu dieser Notiz, die zu Zwecken eines durchsichtigen Mandates stilisiert und verbreitet zu sein scheint, wird uns vom Fraktionsvorstand geschrieben:

„Es ist richtig, daß Freitag abends fünf Vertreter unserer Fraktion mit dem Reichskanzler eine Besprechung hatten, in der aktuelle wirtschaftliche und politische Fragen erörtert wurden. Was in der Presse über ein Ultimatum, über Verhandlungen zur Einführung des parlamentarischen Systems und „sofortige Ernennung von führenden Abgeordneten aller Parteien zu Ministern und Staatssekretären“ berichtet wird, macht der Phantasie des Berichtstellers alle Ehre, steht aber mit der Wahrheit im Widerspruch.“

Zur selben Angelegenheit meldet Wolfs Telegraphenbureau:

In der Presse wird die Nachricht verbreitet, daß die sozialdemokratische Parteiführer dem Reichskanzler gestern ein politisches Ultimatum gestellt hätten. Diese Darstellung ist falsch. Die Sozialdemokraten haben ebenso wie andere Parteien mit dem Reichskanzler eine Aussprache über die allgemeine Lage gehabt und dabei insbesondere ihre Wünsche zur Friedensfrage und zur Frage des preußischen Wahlrechts vorgebracht. Andere spezielle Gegenstände sind bei der Erörterung nicht behandelt worden. Von einem Ultimatum war keine Rede.

Parteivertrag seit der Parteigründung.

Eine förmliche Zusammenstellung gibt der Reichstagsabgeordnete Karl Pintau in der „Chemnitzer Volksstimme“ über den ewigen Vertrag des Parteivertrags, der gegen die Parteiführer jedesmal erhoben wurde, wenn neue politische Tatsachen oder das Wachstum der Arbeiterbewegung selbst die Parteiführer zwangen, in irgendeinem Punkt die bisher begollte Methode zu ändern.

Schon auf dem Vereinstage des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins im Jahre 1868 wurden alle Alters- und Krankenunterstützungsfäste, namentlich die staatlichen, als reaktionär verworfen. Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins im Jahre 1874 wurde jeder für einen Vertreter an der Arbeiterklasse erklärt, der die gewerkschaftliche Bewegung in den Vordergrund drängte. Der Abschluß behauptet, dies geschehe meist nur aus Eigennutz.

Als Schweizer im Jahre 1869 einen Arbeiterschutzgesetz-Entwurf einbrachte, lehnte Liebknecht ab, ihn zu unterstützen, weil er darin ein Entgegenkommen an die bürgerliche Gesellschaft rücksieht.

Auf dem Parteitag in Würzburg 1880 beantragten die Vertreter einen Mützenauftum gegen Bebel, weil er sich für die Landesverteidigung ausgesprochen hatte.

Im Jahre 1884 brandmarkten die Berliner Genossen die Beteiligung an den Stadtvorortenwahlen als Parteivertrag, Korruption und Programmwidrigkeit.

Im Jahre 1885 protestierten zahlreiche Parteianlagen gegen den Eintritt der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in den Zollverein.

Im Jahre 1896 wurde der Buchdrucker-Verband gepaßt, weil die Minderheit den Abschluß eines Tarifvertrages für Berat am Klasse annahm. Auch das Leipziger Gewerkschaftsamt protestierte gegen Tarifgemeinschaften.

In derselben Weise gibt Pintau Beispiele für das Vertrautgehen und den bald daraus folgenden Gebrünnungswandel der Gesamtpartei in Beziehung auf die Kreativitäten, die Vizepräsidentenfrage, den Kreis der Abgeordneten, die Steuergefäßgebung, die Wahlkampfkommission, die Lärzfrage usw. Das klassischste Beispiel aber ist das Parteiprogramm selbst: kein Geringerer als Karl Marx hat das Eisenacher Programm von 1875 „fämmerlich“ und „fortschreitend“ genannt und heute heißt es „fammtig“ darüber, daß seine Annahme in Wirklichkeit den größten Fortschritt bedeutet, den die Partei je gemacht hat. So gelangt Pintau zu dem naheliegenden Schluss:

„Die Partei ist beinahe nur durch fortgelebten Vertrag der Grundsätze“ groß geworden. Alles, was man heute verflucht, wird in wenigen Jahren seiter Bestand des Parteiprogramms sein. Dabei ist schier unverständlich, daß Ziel der Partei, die Befreiung der Arbeiterklasse, nichts feste im Auge zu behalten, und von der Gesamtpartei auch nichts klar und energisch verfolgt werden.

Preiskorruption?

Die Einflüßlosigkeit der deutschen Presse im Auslande ist während des Krieges den deutlichen Regierungen wie den politischen Parteien fast zum Bewußtsein gekommen. Man hat auch über die Mittel der Wahlkreise gesprochen und Pläne ausgeheckt, die jedoch jetzt und besonders die letzte Urtheile des Reichstages nicht berühren. Denn was im Hinblick auf das Ausland allgemein zu gehorchen wird, betrifft allein auf die Einflüßlosigkeit der deutschen Zeitungen im Lande. Die jüngste angekündigte oder doch nur als notwendiges Uebel betrachtete Presse eines willkürlich freiheitlichen Einrichtungen entbehrenden Landes kann niemals so ausgestaltet werden, um im Auslande stofflich zu wirken. Man beginne daher damit, Deutschland die politischen Voraussetzungen einer vollkommenen Freiheit zu verschaffen, dann werden die deutschen Zeitungen im Auslande auch die verdiente Beachtung und den erwünschten Einfluß besitzen.

Die so viel bereitete Neuorientierung wandelt aber auf entgegengesetzten Wegen. Das trifft nicht nur für die Regierungen zu — auch andere zielbewußte politischen und wirtschaftlichen Säkularisten befinden sich auf ihrer Reise die Einflüßlosigkeit der deutschen Presse zu verstärken, indem sie ihre Unabhängigkeit durch goldene Gefelle mehren. Kurz vor dem Krieg ist zu diesem Zweck einer formidabler Firma die Gesellschaft Auslands-Anzeigen G. m. b. H. in Berlin gegründet worden. Ihr ursprüngliches Kapital betrug 200 000 Mk. jetzt ist es auf eine Milliarde erhöht worden. Drei Jahre wurde — im April 1914 — in Essen a. Rh. eine Gesellschaft Masch. G. m. b. H. gegründet. Beachten wir zunächst den angestrebten Zweck dieser Unternehmungen. Nach ihren Sätzen sollen sie das Reichstagswesen verbessern — ebenso wenig wie jüdische Unternehmen gebraucht — und die Beziehungen der deutschnen Industrie zu wichtigen ausländischen Wirtschaftsgesellschaften werden. So gut wie können, aber der Verdacht ist leicht verständig. Bei beiden Unternehmungen gilt nämlich der Satz: Sie (die Gesellschaften) kann im Auslande alle Gewerbe betreiben, die ihr zur Unterhaltung des Hauptzweckes oder dessen anderen Gründenförderung erscheinen.

Sieht man die Züge der Gesellschaften beider Unternehmen an, so versteht man, welche „andere Gründe“ sie veranlassen lassen, auf dem Wege der Interessensvermittlung die deutsche Presse zu korrumpern. Bei der Essener Gesellschaft findet sich unter anderem die ganze Korona der Schwerindustrie zusammen; z. B. der Essener Verein für Bergbau, der Süddeutsche Bergwerksverein, die Kommerzienrat Kühlung, Kettner, Kloster, Körber und Schmitz, alle Hauptvertretermitglieder des Stahlwerksverbands, Hugo Stinnes und Dr. Springer nicht zu vergessen. Stinnes erhält, denkt man, die Kommerzienrat Kettner in Rheydt (Düsseldorf); und die Reichsbankdirektion Augsburg in Beziehung der Stadt Stinnes, Kettner, und der Stinnes-Halberg-Gesellschaft Halbergerhütte befindet. Bei den 44 Gesellschaften, aus den es besser aussehen, werden nicht weniger als 22 durch den Finanzrat Hüggenberg von der Firma Krupp in Essen besitzt, die damit 83 Prozent der Stinnes hält. Den gleichen

Einsatz erhält Krupp damit in der Berliner Auslandszeitungen G. m. b. H., weil die Essener Gesellschaft dort mit 240 000 Mk. — also um 40 000 Mk. mehr als ihr eigenes Kapital beträgt — beteiligt ist. Denn von dem Kapital der Berliner Gesellschaft von 1 Million Mark scheinen die auf dem Namen des Notars, Notaries Grubelsch in Berlin eingetragenen 556 000 Mk. noch nicht beigegeben zu sein, weil sie den Zweck haben, in Anteilen von 500 Mk. zum kleinen Volk“ der Industrie hinzu zu bringen. Die Berliner Gründung hat ja nur das Ziel, einen möglichst großen Kreis der Industriellen unter dem Lookus der Interessenpropaganda im Ausland zur Beeinflussung der Presse im Lande unter das Banner der Schwerindustrie zu stemmen.

Wir finden darunter: das Kalischmidat, das Bankhaus Delbrück, Schindler u. Co. in Berlin, Kathreiners Malzfabrik, den Schokoladen-Sarotti, den Norddeutschen Lloyd und die Roland-Vinie, Deutsch-Luxemburger Bergwerks- und Hütten-Ges. Gr. Krupp, Geschäftsgesellschaft-A. G., Gebr. Stollwerck und andere Schweißereien in erster Rang. Das Bild würde nicht den deutschen Preßständen entsprechen, wenn nicht auch deutsche Zeitungsverleger sich in der Gesellschaft befänden. Es sind dies die „Münchner Zeitung“, der Verlag J. P. Bachem, Köln (Köln), Volkszeitung (!) und die Österreichische Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Rosen. Alle diese prominenten Firmen wollen sich der Interessenacquisition im Ausland widmen. Für Deutschlands Ehre und Größe!

Für den angeblichen oder mindestens nebenächlichen Zweck, der eigentliche besteht aus den anderen Gründen“ der Sachen. Er wird von der Berliner Auslandszeitungen G. m. b. H. in einem Rundschreiben an ihre Gesellschafter selbst deutlich genug dargestellt. Es heißt da zur Begründung der Tatsache, daß sie sich im Gegenzug zu ihrer Firma bezeichnen auch mit der internationalen Anzeigenvermittlung in großem Maßstabe befassen: „Ohne die breite Grundlage eines Auslandsgeschäfts... läuft sich ein gesundes Auslandsgeschäft nicht entwickeln.“ Und an anderer Stelle: „... nach den teuer erlauften Erfahrungen des Krieges will der deutsche Industrie neben den geschäftlichen Gesichtspunkten... doch auch deutschnationale Gesichtspunkte bei der Verbesserung seiner Interessen berücksichtigen. Er wird also... die Blätter, die ihm geeignet erscheinen, herauszusuchen.“

Damit fällt die Maske der Interessenwerbung im Auslande, die, nebenbei gesagt, von sehr fragwürdigem Erfolg sein wird — und es erscheint dafür der Versuch der rücksichtlichen und alldeutschen Sippe, die unabhängigen deutschen Zeitungen durch Entziehung oder Enteignung oder Interessenauflagen unter das kaudinische Joch zu zwingen. Ob der Versuch gelingen wird? Wir glauben ja. Sehen wir doch bereits drei Zeitungsverlage sich demütig vor dem Zuliebhol und der Bürgerlichkeit in den Staub werfen. Wie wenig Widerstand werden da erst die kleineren und mittleren Zeitungen bieten, die durch den Krieg und die so überaus flügen Eingriffe der Berliner Stellen“ bereits dem Untergang nahe sind?

Der freie Interessenmarkt was bisher das finanzielle Rückgrat der Zeitungen in Deutschland, denen es mit ihrer Unabhängigkeit ernst war, weil der niedrige Bezugspreis nur die Hälfte der Herstellungskosten der Zeitungen deckte. Wird der freie Interessenmarkt eingeschnürt und beherrscht ihn die viel vermögende Sippe der reaktionären Schwerindustrieverteiler, so werden die unabhängigen Blätter — also auch die sozialdemokratische Presse — zu einem Existenzkampf gedrängt, den zu bestehen die Parteiblätter bereits eine Gegenorganisation eingesetzt haben, die demnächst zur Tatsache werden soll. Möge sie alldeutlichen Zeitungsläufers und schwerindustriellem Interessenpolitikern gewachsen sein!

Gewerkschaftsbewegung.

Beendigung einer Streikbewegung in Köln. Ein vor einigen Tagen in Köln ausgetrockneter großer Streik wurde Freitag abend durch den Beschluß einer Riesenversammlung beendet. Mit der Weiterführung der auf Lohn erhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Bewegung wurden die Gewerkschaften beauftragt. Der Oberbürgermeister empfing Deputationen der Arbeiterchaft. Es ereigneten sich keinerlei Zwischenfälle.

Wirtschaftliches.

Eine Generalprobe. Der Bundesrat hat unter dem 3. Juli beschlossen, alle deutschen Seidenfabriken zu einem Zwangsmonopol zusammenzuschließen, das auch bei Friedensschluß nicht aufgelöst werden, sondern noch ziemlich lange Zeit danach fortbestehen dürfte. Ueber die Regelung der Arbeitsbedingungen und eine Vertretung der Arbeiter im Überwachungsausschuß ist bisher nichts bekannt geworden. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission spricht die Beurteilung aus, daß bei dem seit dem Weggang Delbrück im Reichamt des Innern herrschenden reaktionären Geiste zwar der Unternehmensgewinn gesichert werden würde, die Interessen der Arbeiter und Konsumenten aber gar nicht berücksichtigt würden. Es erklärt demgegenüber, daß diese erste öffentlich-rechtliche Monopolbildung nach Einreichung der Generalanträge der Reichskanzler von diesem als Prüfstein angesehen werden müsse, wie weit die Reichsbüroden geneigt sind, bei der Schaffung von Monopolen auch Arbeiterinteressen wahrnehmen zu lassen.

Aus dem Gerichtsaal.

Bestraft Malzgießer. Das Landgericht Schweinfurt verurteilte den Malzfabrikanten Kommerzienrat Georg zu 500 000 Mark und seinen Prokuristen Stürzenberg zu 33 400 Mark Geldstrafe. Beide haben eine nicht genau festzulegende Menge Malz an norddeutsche Brauereien, den Doppelzentner zu 120 bis 200 Mark, geliefert, wobei nach der Anklage bei einem Gesamtwert von 1 110 060 Mark ein überraschender Gewinn von 480 000 Mark erzielt wurde.

Aus Nah und Fern.

Feuer im Hafen von Bordeaux. An Bord eines im Hafen von Bordeaux liegenden Passagierdampfers brach Feuer aus, das auf die Wagen, die sich auf dem Kai befanden, übersprang. Der Sachschaden ist bedeutend. Zwei Personen wurden verbrannt.

Die Thorner Kommandantur und die Thorner Hausbesitzer. Die „Post-Ztg.“ berichtet aus Thorn: Die Kommandantur hat mehrere Hausbesitzer, die eine Erhöhung des Mietzinses verlangen, ohne vorher die Genehmigung zur Erhöhung eingeholt zu haben, der Staatsanwalt angezeigt.

Heiteres.

Eine Landsturmkompanie bekommt kurz vor Pfingsten einen neuen Führer, Oberleutnant der Landwehr, seines Zeichens Oberlehrer. Befehlsgemäß hat er die Mannschaften über die nötige Beschränkung des Fahrtverkehrs durch Bergungsschreiten informiert. Er sieht dies wie folgt: „Leute, der Eisenbahnverkehr darf nicht durch unnötige Fahrten belastet werden. So leid es mir tut, ich muß euch jede Hoffnung auf Pfingsturlaub jetzt schon nehmen, es ist denn, daß ihr eure Angehörigen auch ohne Benutzung der Eisenbahn erreichen könnt. Wollt ihr anderen eure Angehörigen aber trotzdem zu Pfingsten sehen, nun, so laßt sie doch einfach herkommen!“ (Simpl.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.